

Stark – frei – gerecht

Für ein lebenswertes Hamburg

Leitlinien der CDU Hamburg

verabschiedet am 24. März 2012

Vorwort

Liebe Parteifreunde, sehr geehrte Damen und Herren,

am 24. März 2012 hat die CDU Hamburg mit sehr großer Mehrheit erstmalig endgültig ein Grundsatzprogramm verabschiedet, das aus der Mitte der Mitgliedschaft stammt. Ein gutes halbes Jahr lang haben sich viele hundert Mitglieder über gemeinsame Diskussions- und Infoveranstaltungen in den Orts- und Kreisverbänden, in den Vereinigungen, Arbeitskreisen und Fachausschüssen beteiligt. Die über 200 Änderungsanträge und über 700 einzelnen Änderungsvorschläge zeigen, wie intensiv die Diskussion geführt wurde. Allen Beteiligten gehört unser ganz besonderer Dank!

Die neuen Leitlinien sind und sollen kein Wahlprogramm, keine ins kleinste Detail formulierte Darstellung unserer alltäglichen, politischen Arbeit sein. Es geht bei einem Grundsatzprogramm um mehr, um die Definition der Werte, die uns antreiben, um die Darstellung unserer Charakteristika und um eine Antwort auf die Frage: „Wofür steht die CDU Hamburg und was macht sie grundsätzlich aus?“

Mit den neuen Leitlinien wollen wir deutlich machen, was christlich-demokratische Politik für Hamburg im 21. Jahrhundert bedeutet. Wem unsere Stadt am Herzen liegt, der muss bereit sein, auch in schwierigen Situationen der Veränderung für Grundsätze einzustehen. Genau das wird auch die Hamburger CDU immer auszeichnen.

Unsere Gesellschaft lebt im ständigen Wandel. Technische Neuerungen wie das Internet und neue Arbeitswelten stellen uns vor ungewohnte Herausforderungen. Immer mehr Menschen werden immer älter. Unsere Gesellschaft ist durch Zuwanderung und Migration heterogener geworden. Neue Sicherheitsrisiken entstehen, neue Konflikte formieren sich. Um das Wohlergehen der Hamburgerinnen und Hamburger dauerhaft zu sichern, muss Innovation in Hamburgs Wirtschaft gefördert, das Bildungssystem weiter verbessert, die Energieversorgung modernisiert, der Klimaschutz weiter verfolgt, muss bei Stadtentwicklung und in der Verkehrspolitik nach zukunftsweisenden Lösungen gesucht und der Hamburger Haushalt dauerhaft saniert werden. Unsere Politik ist nicht beliebig und folgt nicht blind dem Zeitgeist. Aber wir erkennen gesellschaftliche Veränderungen und strukturelle Herausforderungen und müssen in der Lage sein, neue, wertgebundene Antworten zu geben. Dieses gilt gerade für unsere Heimatstadt Hamburg.

Wir wollen Gutes bewahren, Mut für Neues zeigen und unsere Partei als moderne Großstadtpartei wieder zur gestaltenden Kraft Hamburgs machen. Wir wollen auch in Hamburg auf der Grundlage christlich-demokratischer Überzeugungen unser Gemeinwesen gestalten. Wir wollen im Ergebnis mehr Freiheit, mehr Solidarität, mehr Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit für den Einzelnen und die Gemeinschaft wagen. Auf der Grundlage dieser Werte wollen wir unsere Stadt und ihre Menschen in die Zukunft führen.

Wir halten diesen Anspruch nicht für altmodisch, sondern in einer Zeit des Auseinandergehens, der zentrifugalen Kräfte, der Globalisierung für höchst aktuell. Wir wollen unsere Politik in den Einzelheiten aus Grundwerten ableiten und erklären können. Dazu bieten uns die neuen Leitlinien eine wichtige Orientierung.

Marcus Weinberg
Landesvorsitzender

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Präambel	S. 6
Unser christliches Verständnis vom Menschen	S. 6
Unsere Werte – unsere Ziele	S. 6
Unsere Identität	S. 7
Unser Hamburg – unsere Politik	S. 8
Mitmachen – Zukunft gestalten	S. 9
Freiheit	S. 10
Metropole Hamburg	S. 10
Attraktiver Wirtschaftsstandort – neue Chancen für Hafen, Mittelstand, Industrie und Dienstleistungssektor	S. 11
<i>Die urbane Arbeitswelt gestalten</i>	S. 12
<i>Wachstumstreiber</i>	S. 13
<i>Erfolgreiche Wirtschaftspolitik gestalten</i>	S. 13
<i>Wirtschaftsraum Metropolregion Hamburg</i>	S. 14
<i>Hamburgs Hafen wettbewerbsfähiger machen</i>	S. 14
<i>Mittelstand als Rückgrat unserer Wirtschaft stärken</i>	S. 15
<i>Entwicklungsmöglichkeiten für Betriebe stärken</i>	S. 16
IT- und Medienstandort Hamburg ausbauen – Talente binden	S. 17
<i>Internet und Soziale Medien –</i>	
<i>Möglichkeiten nutzen und Grenzen setzen</i>	S. 17
<i>Schutz der Privatsphäre des Bürgers im Netz</i>	S. 18
Tourismus fördern – Hamburgs Charakter wahren	S. 18
Kulturhauptstadt des Nordens	S. 19
Hamburg zur europäischen Sportmetropole entwickeln	S. 21
Sicher leben in Hamburg	S. 22
<i>Polizei stärken – Kriminalität bekämpfen</i>	S. 22

<i>Konsequente Strafverfolgung – Opfer schützen</i>	S. 24
Für direkte Demokratie mit Quoren	S. 25
Solidarität und Gerechtigkeit	S. 26
Den demographischen Wandel meistern	S. 26
Familienfreundliche Stadt – Zeit und Raum für Familien schaffen	S. 26
<i>Familienfreundliche Arbeitswelt</i>	S. 27
<i>Hilfe für Familien in sozialen Notlagen</i>	S. 28
Schwächere stärken – Armut überwinden	S. 29
Seniorenfreundliches Hamburg –	
Unabhängigkeit und Selbstbestimmung im Alter	S. 30
Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für alle –	
mit oder ohne Behinderung	S. 31
Gesundheitsversorgung für alle sichern	S. 31
Verbraucher wirksam schützen	S. 33
Zukunftsaufgabe Integration – Zusammenleben in Hamburg	S. 33
<i>Verständnis lernen – Zusammenhalt fördern</i>	S. 34
<i>Früher, gezielter und bedarfsgerechter fördern</i>	S. 35
<i>Solidarität mit Zugewanderten und Flüchtlingen üben</i>	S. 35
Gleichstellung umsetzen – Chancen ermöglichen	S. 36
Der Weg zur modernen Bildungs- und Wissensmetropole	S. 37
<i>Frühkindliche Bildung stärken</i>	S. 37
<i>Qualität von Schule und Unterricht weiterentwickeln</i>	S. 38
<i>Ganztagsschulen ausbauen – Elternwillen berücksichtigen</i>	S. 38
<i>Vielfalt bewahren</i>	S. 39
<i>Behinderte Kinder und ihre Eltern unterstützen</i>	S. 39
<i>Berufliche Bildung fortentwickeln</i>	S. 40
Wissenschaft stark machen	S. 40
<i>Exzellenz fördern - Leistung belohnen</i>	S. 40

<i>Weiterentwicklung unserer Hochschullandschaft – Synergien und Kooperationen fördern</i>	S. 41
<i>Voraussetzungen optimieren</i>	S. 42
<i>Fortentwicklung von Studiengängen und Weiterbildung – Qualität der Lehre und der Abschlüsse sichern</i>	S. 42

Nachhaltigkeit **S. 44**

Generationengerechte Haushaltspolitik – heute schon an morgen denken	S. 44
Bezirke – bürgernahe Kommunalpolitik	S. 45
Stadtentwicklung vorausschauend und strategisch gestalten	S. 46
Wohnraum sichern – Nachbarschaft fördern	S. 47
Grüne Metropole am Wasser	S. 49
Moderne Verkehrspolitik – Menschen und Güter bewegen	S. 49
Energie und Klimaschutz für Hamburg	S. 51
<i>Versorgungssicherheit für Hamburg weiter gewährleisten</i>	S. 53
<i>Energieerzeugungssituation in Hamburg realistisch betrachten</i>	S. 54
<i>Netze und Stadtwerke – Engpässe vermeiden</i>	S. 54
<i>Energieverbrauch reduzieren – Energieeffizienz erhöhen</i>	S. 55
<i>Speichertechnologien erforschen und ausbauen</i>	S. 56

Stark – frei – gerecht

Für ein lebenswertes Hamburg	S. 57
------------------------------	-------

Präambel

Unser christliches Verständnis vom Menschen

Für uns Christliche Demokraten sind das christliche Verständnis vom Menschen und die Bewahrung der Schöpfung die ethischen Grundlagen für eine verantwortungsvolle Politik. Sie leiten unsere politischen Entscheidungen. Die Würde des Menschen und ihre Individualität, die daraus erwachsende Achtung der Freiheit des Einzelnen und die Verantwortung für unsere Mitmenschen stehen für uns an erster Stelle. Wir sind offen für jeden, der die unantastbare Würde und die damit verbundene Einzigartigkeit eines jeden Menschen anerkennt und sich zu den daraus folgenden Grundwerten der Freiheit, der Solidarität und der Gerechtigkeit bekennt.¹

Unsere Werte – unsere Ziele

Unser Zusammenleben braucht verbindliche Grundlagen. Dazu zählen das Recht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit, die Gleichwertigkeit der Menschen und die sich aus ihr ableitende Gleichheit der Rechte der Bürgerinnen und Bürger sowie die Anerkennung der Lebensentwürfe und geistigen Orientierungen anderer und damit auch der Respekt vor der Freiheit des religiösen Bekenntnisses.

Das vornehmste Menschenrecht ist die *Freiheit*. Für uns ist es die wichtigste Aufgabe, die Freiheit der Menschen zu schützen. Der beste Garant für die Freiheit ist der starke demokratische Rechtsstaat. Wir wollen den persönlichen Leistungswillen und die Verantwortung der Menschen durch ein Mehr an Freiheit fördern.

¹ Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im Folgenden nur die männliche Form verwendet.

Nächstenliebe ist einer der wesentlichen Werte des Christentums. Das Gebot der Nächstenliebe ist zuallererst eine direkte Aufforderung an jeden Einzelnen. *Solidarität* ist die gesellschaftliche Ausgestaltung der Nächstenliebe und wurzelt in der sozialen Natur des Menschen. Jeder trägt mit seiner Arbeit, seiner Leistung und seinem Engagement dazu bei, dass die Gemeinschaft für den Einzelnen eintreten kann.

Grundlage der *Gerechtigkeit* ist die Gleichheit aller Menschen in ihrer von Gott gegebenen Würde und Freiheit. Unser Grundprinzip ist, dass Gerechtigkeit die Würde und Freiheit wahrt und von uns verlangt, Gleiches gleich und Ungleiches verschieden zu behandeln. Jeder Mensch ist einzigartig und in seinen Fähigkeiten und Begabungen individuell. Gerechte Chancen zu schaffen, ist die notwendige Ergänzung zur Gleichheit vor dem Recht.

Wir ergänzen die drei traditionellen Grundwerte christlich-demokratischer Politik um den Ansatz der *Nachhaltigkeit* in dem Maße, in dem der Mensch prägend für die ganze Erde geworden ist. Die Kraft des menschlichen Handelns tritt neben die Kraft der Naturgewalten. Daher sind die Ziele der Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit über die Gegenwart hinaus für zukünftige Generationen durch vorsorgendes Handeln zu sichern.

Unsere Identität

Für unsere Hansestadt sind die Hamburger Christdemokraten die moderne und weltoffene Großstadtpartei. Hamburg ist für uns nicht nur Wohn- und Arbeitsort, Hamburg ist unsere Heimat. Wir schätzen die gesellschaftliche und kulturelle Vielfalt unserer Stadt und wollen sie bewahren. Viele verschiedene Milieus zeichnen Hamburg ökonomisch und sozial aus. Wir Hamburger Christdemokraten sehen es als unsere Kernaufgabe an, den solidarischen und sozialen Zusammenhalt dieser Vielfalt und die wirtschaftliche Kraft der Stadt zu stärken und politisch zu

gestalten, um damit der Entwicklung gesellschaftlicher Fliehkräfte entgegenzuwirken. Dabei tragen uns unsere Werte und Grundüberzeugungen, die sich auch aus der Geschichte unserer Stadt, der Bundesrepublik Deutschland und der Geschichte Europas entwickelt haben. Sie sind festgeschrieben im Grundgesetz und in der Hamburgischen Verfassung.

Unser Hamburg – unsere Politik

Im Mittelpunkt unseres politischen Handelns stehen die Menschen in Hamburg. Die Zukunft unserer Stadt im gesamtgesellschaftlichen Interesse zu gestalten, ist unser politischer Auftrag. Unser Ziel ist es, Hamburg eine Spitzenposition im Vergleich der bedeutenden europäischen Städte dauerhaft zu sichern. Die Stärke unserer Hansestadt resultiert aus einer jahrhundertelangen Entwicklung als Hafen- und Wirtschaftsstandort sowie als bedeutende Kulturmetropole. Hamburg ist für unser Land das Tor zur Welt und zugleich für viele Menschen aus dem Ausland und aus Übersee das Tor zu Deutschland und Europa. Daraus hat sich eine Stadt mit einer offenen und vielfältigen Gesellschaft entwickelt.

Unsere Politik stärkt die Möglichkeiten jedes Einzelnen. Wir wollen gleiche Startchancen von der Familienförderung über die Bildung bis in die moderne Arbeitswelt in Hamburg. Unser politisches Handeln soll die Freiheit sichern, die Verantwortung fördern und alle Hamburger im Bewusstsein ihrer Zusammengehörigkeit verbinden. Auf der Basis einer gerechten Politik wollen wir in einer gerechten Gesellschaft leben. Wir wünschen uns für Hamburg eine moderne Stadtgesellschaft, in der freie und mündige Bürgerinnen und Bürger zusammenhalten und solidarisch füreinander eintreten.

Die Grundlage dafür bildet das gesellschaftliche und wirtschaftspolitische Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft. Wir gehen davon aus, dass ein vorrangiges Ziel allen wirtschaftlichen Handelns, nämlich die optimale Güterversorgung aller Menschen,

nur durch Freiheit und Wettbewerb der Wirtschaftsteilnehmer und ihrer individuellen Kreativität zu realisieren ist. Zugleich ist es aber auch die Aufgabe unserer Gesellschaft und des politischen Handelns, alle zu befähigen, sich an diesem wirtschaftlichen Prozess zu beteiligen, also eigenverantwortlich zu handeln und Verantwortung für andere zu übernehmen. Die Aufgabe des Staates ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit alle Menschen am sozialen Fortschritt teilhaben können.

Mitmachen – Zukunft gestalten

Unsere Gesellschaft lebt vom Mitmachen. Das gilt für das Engagement in Vereinen und Kirchen, in Parteien, Gewerkschaften und Bürgerinitiativen. Politische Parteien sind keine elitären Verbände, die für sich allein wirken. Eine parlamentarisch-repräsentative Demokratie braucht starke und lebendige Parteien. Sie sind für die Bürger da und ein Ort der politischen Auseinandersetzung über die Zukunft unserer Gesellschaft.

Die Hamburger CDU setzt auf die Kraft der repräsentativen Demokratie und die Kraft der Parlamente. Darüber hinaus wollen wir die politische Teilhabe durch eine stärkere Bürgerbeteiligung weiter entwickeln. Politische Entscheidungen erfordern oft differenzierte Antworten. Dazu brauchen wir engagierte Menschen, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und Politik mitzugestalten.

Freiheit

Metropole Hamburg

In der Europäischen Union ist unsere Elbmetropole eine der bedeutendsten Drehscheiben für Waren und Verkehrsströme. Das von uns in den letzten zehn Jahren geförderte internationale Engagement hat die Position unserer Stadt weltweit gestärkt. In unserem und im Interesse unserer Partnerländer haben wir in den Bereichen Außenwirtschaftsförderung, nachhaltige Handelspolitik, Ressourcen- und Umweltsicherheit sowie in einer gezielten Entwicklungspolitik verantwortungsvoll gehandelt. Neben dem regen politischen und kulturellen Austausch sowie der engen Zusammenarbeit mit unseren Ostseeneachbarn setzt Hamburg durch eine gezielte Förderung auf eine breit angelegte internationale Wissenschaftslandschaft, die die Beziehungen in die Regionen der Welt verbessert.

Unsere Hansestadt ist einer der größten Konsularstandorte der Welt und ein anerkannter Ort der internationalen Begegnung. Dieser direkte Kontakt zu den internationalen Vertretungen ermöglicht uns, unsere Netzwerke in der Welt auszubauen. Daran können unsere großen und bekannten Hamburger Unternehmen sowie der gesamte international agierende Hamburger Mittelstand anknüpfen.

Viele dieser Unternehmen sind internationale Marktführer und haben den Anspruch, Global Player zu sein. Ihre Interessen wollen wir weiter berücksichtigen, nötige Kapazitäten ausbauen und ethisch verantwortungsvolles Wirtschaften als Mittel unserer Außenwirtschafts- und Handelspolitik in den Mittelpunkt stellen. Wir wollen die nachhaltigen Ansätze, die wir in Zusammenarbeit mit bedeutenden Hamburger Institutionen erarbeitet haben, vorantreiben. Wir wissen, dass das Entwicklungspotenzial Hamburgs für eine Weltstadt gegeben ist. Diesen Standortvorteil wollen wir gegenüber den anderen Bundesländern stärker betonen.

Hamburg bietet seit langer Zeit Heimat für wichtige Einrichtungen der Bundeswehr. So beherbergt beispielsweise die Führungsakademie der Bundeswehr stets eine hohe Anzahl inländischer und ausländischer Offiziere, die in internationalen Lehrgängen für Führungsaufgaben in ihren Streitkräften ausgebildet werden. In der Vernetzung der

Bundeswehr mit der Stadt sehen wir weiteres Entwicklungspotential. Überlegungen zur Verlagerung oder Schließung der Bundeswehrstandorte in Hamburg erklären wir eine klare Absage.

Attraktiver Wirtschaftsstandort – neue Chancen für Hafen, Mittelstand, Industrie und Dienstleistungssektor

Leitbild für wirtschaftliches Handeln der Hamburger CDU war und ist die Soziale Marktwirtschaft. Sie allein ist Grundlage einer nachhaltigen und gerechten Wirtschaftsordnung. An ihr orientieren wir uns bei der Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandorts Hamburg und unserer künftigen urbanen Arbeitswelt. Die Hamburger Wirtschaft zeichnet sich durch eine große Leistungsfähigkeit, zahlreiche Unternehmen jeder Größenordnung mit einem Schwerpunkt im Mittelstand und eine hohe Vielfalt an Wirtschaftszweigen aus. Hamburg ist einer der führenden Hafen- und Logistikstandorte in Europa. Daneben wird die Hamburger Wirtschaft maßgeblich durch den Handel und Dienstleistungen jeder Art geprägt. Dabei spielt Hamburg nicht nur im Groß- und Außenhandel eine zentrale Rolle, sondern ist auch der größte Einzelhandelsstandort in Norddeutschland. Im Dienstleistungsbereich wird Hamburg insbesondere durch seine Bedeutung als Medienhauptstadt, als einer der wichtigen Finanzplätze sowie zunehmend als Standort für die Gesundheits- und die Tourismuswirtschaft gekennzeichnet. Zugleich ist Hamburg auch ein wichtiger Industriestandort. In der zivilen Luftfahrtindustrie liegt Hamburg im weltweiten Vergleich auf dem dritten Platz. Weitere Schwerpunkte bilden die Grundstoffindustrien einschließlich der mineralölverarbeitenden Betriebe, die Nahrungsmittelindustrie sowie der Maschinen- und Fahrzeugbau, zu dem auch die Werften und Schiffbauzulieferer zählen. In den Bezirken Bergedorf und Harburg sowie in den Stadtrandlagen verfügt Hamburg darüber hinaus über eine große Zahl an landwirtschaftlichen Betrieben, die vor allem Obst, Gemüse und Blumen anbauen.

Zur Gestaltung unserer urbanen Arbeitswelt setzen wir uns ein für eine gesunde Durchmischung von Büro- und Gewerbeflächen. Unsere Stadt muss ein attraktives Lebensumfeld bieten, um qualifizierte Menschen zu uns zu locken oder bei uns zu halten.

Daher gehören der Ausbau der familiären Infrastruktur, gehören Kindergartenplätze und Schulen sowie Universitäten ebenso zur nachhaltigen Entwicklung einer urbanen Arbeitswelt. Wir wollen flexible Arbeitszeiten fördern, um Familie und Beruf besser zu vereinen. Ein positives Beispiel ist das Hamburger Familiensiegel für Unternehmen, die besonders familienfreundlich sind. Das große universitäre Angebot unserer Stadt mit seinen Hochschulen ist ein wichtiger Standortfaktor. Zwischen den Studierenden und den Unternehmen wollen wir als Hamburger CDU verstärkt Synergien schaffen, um die künftigen Leistungsträger an unsere Stadt zu binden.

Die urbane Arbeitswelt gestalten

Für die Innovationskraft der Unternehmen und das Wirtschaftswachstum sind dabei die gewerblichen und technischen Berufe von besonderer Bedeutung. Wir wollen deshalb dazu beitragen, mehr Schüler für gewerbliche und technische Ausbildungsberufe sowie für natur- und ingenieurwissenschaftliche Studiengänge zu begeistern. Einen Schwerpunkt der Arbeitsmarktpolitik sehen wir darin, jungen Menschen ohne oder mit unzureichendem Schulabschluss durch behördenübergreifend abgestimmte Hilfsangebote (z.B. berufsvorbereitende und ausbildungsbegleitende Kurse, Sprachförderung und andere) den Zugang zu den Ausbildungs- und Arbeitsmärkten zu ermöglichen. Wir werden uns nicht damit abfinden, dass Jugendliche die Schule ohne Aussicht auf eine Berufsausbildung oder einen Arbeitsplatz verlassen.

Der demographische Wandel führt dazu, dass immer mehr ältere Menschen berufstätig sein werden. Wir setzen uns deshalb dafür ein, das Angebot an Weiterbildungsmaßnahmen auszubauen, auf ältere Menschen zugeschnittene Angebote zur Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz zu entwickeln und neue Arbeitszeitmodelle, die den Bedürfnissen älterer Menschen entgegenkommen, zu erproben.

In der Arbeitsmarktpolitik halten wir aus Überzeugung an dem Grundsatz „Fördern und Fordern“ fest. Wer Arbeitslosengeld bezieht, soll sich aktiv um einen neuen Arbeitsplatz bemühen und durch qualifizierende Maßnahmen vorhandene Vermittlungshemmnisse abbauen.

Wachstumstreiber

Hamburg hat aufgrund seiner wirtschaftsgeographischen Lage und der positiven strukturpolitischen Veränderungen unter den CDU-geführten Senaten beste Chancen, seinen Rang als einer der dynamischsten Wirtschaftsräume Deutschlands und Europas zu behaupten und auszubauen. Wachstumsimpulse ergeben sich nicht nur aus dem stark zunehmenden internationalen Handel im Rahmen der Globalisierung, sondern auch aus den Chancen der Energiewende und der zunehmenden Bedeutung ressourcenschonenden Wirtschaftens.

Für die Unternehmen in unserer Stadt aus dem verarbeitenden Gewerbe, dem Handwerk, dem Handel und dem Dienstleistungsbereich spielt die Innovationskraft eine immer größere Rolle. Wir wollen deshalb einen Schwerpunkt unserer Wirtschaftspolitik darauf legen, die Innovationskraft der Hamburger Unternehmen zu verbessern. Mit der zwischen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft 2010 vereinbarten Innovationsallianz hat der CDU-geführte Senat bessere Rahmenbedingungen für Innovationen auf den Weg gebracht. Wir fordern, die Innovationsallianz mit ganzer Kraft voranzutreiben und die Arbeit in den ermittelten Zukunftsfeldern für die Hamburger Wirtschaft ständig fortzuschreiben.

Erfolgreiche Wirtschaftspolitik gestalten

Die CDU-geführten Senate haben den Wirtschaftsstandort Hamburg in den vergangenen Jahren mithilfe einer sogenannten Clusterstrategie, die sich auf bestimmte Teilbereiche von Wirtschaft und Wissenschaft stützt, erfolgreich weiterentwickelt. Das gilt etwa für die Cluster „Logistik“, „Luftfahrtstandort Metropolregion Hamburg“, „Medien und IT (Hamburg@work)“ und „Erneuerbare Energien Hamburg“, während an der Entwicklung der Cluster „Life Sciences“, „Gesundheitswirtschaft“ und „Kreativwirtschaft“ noch mehr gearbeitet werden muss. Grundsätzlich wollen wir an der Clusterstrategie festhalten, die Zahl der Cluster jedoch begrenzen und überprüfen, wie erfolgreich die verschiedenen Clusterinitiativen jeweils sind. In der Sache sollten die Schwerpunkte in den nächsten Jahren darauf liegen, das Profil des Standorts zu schärfen, auch in den Clustern die Innovationskraft der Unternehmen zu stärken sowie den Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu erleichtern.

Für die Zusammenarbeit zwischen der Politik, der öffentlichen Verwaltung, den Kammern und den Verbänden haben die CDU-geführten Senate neben der Innovationsallianz zwei

Mittelstandsvereinbarungen geschlossen und den Masterplan Industrie vereinbart. Diese Form des abgestimmten Handelns zwischen allen Beteiligten hat sich bewährt und sollte auch in Zukunft fortgesetzt werden. Sie bildet ein Muster für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik. Um erfolgreich zu sein, kommt es – gerade in einem Stadtstaat – immer stärker darauf an, Wirtschafts-, Wissenschafts- und Stadtentwicklungspolitik aufeinander abzustimmen, Knoten zwischen den Unternehmen, den Hochschulen und Forschungseinrichtungen, Verbänden und Kammern, der öffentlichen Verwaltung und der Politik zu bilden sowie die Vernetzung zwischen allen Beteiligten zu fördern.

Wirtschaftsraum Metropolregion Hamburg

Besonders wichtig ist uns, dass die Wirtschaftspolitik nicht an den Landesgrenzen endet. Vielmehr fordern wir, die norddeutsche Zusammenarbeit auszubauen und die gesamte Metropolregion Hamburg zu einem einheitlichen Wirtschaftsraum, der den Unternehmen attraktive Rahmenbedingungen bietet, zu entwickeln. Insbesondere setzen wir uns dafür ein, künftig gemeinsam eine aktive Standortpolitik und -vermarktung zu betreiben sowie Gewerbeflächen untereinander abgestimmt und vorausschauend zu entwickeln und zu vermarkten. Außerdem erscheint es uns unverzichtbar, die Wettbewerbsbedingungen für die Unternehmen in der Metropolregion Hamburg stärker zu vereinheitlichen.

Hamburgs Hafen wettbewerbsfähiger machen

Der Hamburger Hafen ist ein Universalhafen. Dieses Konzept hat sich in der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise bewährt. Die Hamburger CDU steht auch in Zukunft zu dieser Ausrichtung. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, die seewärtige Erreichbarkeit des Hafens für die modernsten im weltweiten Containerverkehr eingesetzten Frachtschiffe zu gewährleisten. Eine sichere Finanzierung muss auch in Zukunft gewährleistet sein. Der Hamburger Hafen hat überregionale Bedeutung für die gesamte deutsche Wirtschaft. Am Ausbau seiner Infrastruktur – etwa der Fahrrinnenanpassung der Elbe – muss sich daher der Bund in angemessener Weise beteiligen und seine bisherigen Finanzhilfen erhöhen. Zu dem nötigen Ausbau der Infrastruktur gehören der Ausbau der Wasserstraße im Verlauf der Unter- und Außenelbe, eine Verbesserung der internen Hafenlogistik und die Anbindung des Hafens an das Hinterland. Auf der Oberelbe muss durch geeignete Maßnahmen ein zuverlässiger Binnenschiffsverkehr zur Entlastung der anderen Verkehrsträger sichergestellt werden.

Auf Landesebene ist es unsere Aufgabe, die Wettbewerbsfähigkeit unseres Hafens zu erhöhen. Wir treten ein für die Verbesserung der internen Hafenlogistik und eine ausgewogene Flächenpolitik. Hamburgs Hafen bietet vielen Menschen aus der Metropolregion einen Arbeitsplatz, mit den anderen Häfen der Unterelbe wird eng zusammengearbeitet, die wirtschaftliche Stärke unseres Hafens liegt daher auch im Interesse Niedersachsens und Schleswig-Holsteins.

Die Umschlaganlagen im Hamburger Hafen müssen den sich verändernden Anforderungen des Marktes immer wieder angepasst werden. Wir unterstützen deshalb das Vorhaben, den mittleren Freihafen grundlegend umzugestalten. Ferner sind wir der Auffassung, dass im Hafen nicht nur Umschlagbetriebe, sondern auch Industriebetriebe, die auf einen Zugang zum seeschifftiefen Wasser angewiesen sind, angesiedelt werden sollten. Wir halten es außerdem für sinnvoll, dass die deutschen Seehäfen im internationalen Wettbewerb verstärkt gemeinsam auftreten und abgestimmt handeln. Wir wollen dazu das Gespräch mit unseren Nachbarn suchen.

Mittelstand als Rückgrat unserer Wirtschaft stärken

Hamburgs wirtschaftliche Stärke beruht maßgeblich auf der großen Zahl der mittelständischen Unternehmen in Industrie, Handwerk, Handel, Dienstleistungen, freien Berufen und in der Landwirtschaft. Die mittelständischen Unternehmen gewährleisten den größten Teil des Wirtschaftswachstums, sichere Arbeitsplätze und einen soliden Wohlstand für breite Schichten unserer Bevölkerung. Für ihre Entwicklung sind die mittelständischen Unternehmen auch künftig auf gute und verlässliche Rahmenbedingungen angewiesen. Die Betreuung und Förderung der mittelständischen Unternehmen bleibt deshalb weiterhin ein Kernbestandteil unserer Wirtschaftspolitik. Die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung wird für uns auch künftig in diesem Zusammenhang eine ständige Aufgabe sein. Dabei setzen wir uns insbesondere ein für eine Erleichterung des Zugangs zur öffentlichen Verwaltung durch einheitliche Anlaufstellen („one stop shop“), die Zusammenfassung und Straffung von Entscheidungsabläufen, für leicht zugängliche und wirksame Programme der Wirtschaftsförderung, für die Unterstützung von Existenzgründern und Unternehmensnachfolgern sowie für geeignete Maßnahmen, um eine ausreichende Kreditversorgung der mittelständischen Unternehmen sicherzustellen.

Entwicklungsmöglichkeiten für Betriebe stärken

Hamburg ist ein wichtiger Industriestandort. Große Unternehmen haben ihren Sitz in unserer Stadt. Sie sichern Arbeitsplätze und sorgen für Innovationen am Standort. Davon profitieren auch viele kleinere Zulieferer und industriennahe Dienstleistungsfirmen. Die erfolgreiche Ansiedlung großer Industrieunternehmen muss fortgesetzt werden. Ein gelungenes Beispiel für die Ansiedlung ist die Luftfahrtindustrie in Hamburg. Unabdingbar für eine erfolgreiche Industriepolitik sind die Rahmenbedingungen, die von der Politik gesetzt werden. Den bestehenden Unternehmen müssen Entwicklungspotentiale angeboten werden, um auch weiterhin in Hamburg arbeiten zu können. Viele Firmen aus dem Wirtschaftszweig der Grundstoffindustrie sind energieintensiv. Es ist für uns nachhaltige Politik, für diese Branchen auch künftig Energie bezahlbar zu halten. Wir wollen zudem mit unserer Politik dazu beitragen, die Außenwirtschaftskontakte zu stärken.

Um die Ansiedlung neuer Betriebe und die Erweiterung bestehender Betriebe zu ermöglichen, müssen in ausreichendem Maße geeignete Grundstücke verfügbar sein. Aus diesem Grunde sprechen wir uns dafür aus, ständig mindestens 100 ha entwickelte Gewerbe- und Industrieflächen außerhalb des Hafens vorzuhalten. Dabei muss auch darauf geachtet werden, dass die verfügbaren Gewerbe- und Industrieflächen für die Unternehmer bezahlbar bleiben. Auch darf die Wohnungsbaupolitik nicht dazu führen, dass Betriebe verdrängt werden und Arbeitsplätze verloren gehen. Um insbesondere mittelständischen Unternehmen und Existenzgründern zusätzliche Ansiedlungsmöglichkeiten anbieten zu können, setzen wir uns für die Errichtung und den Betrieb von Gewerbehöfen und Gründerzentren ein. Im Übrigen müssen auch die Belange der Landwirtschaft in der Flächenpolitik angemessen berücksichtigt werden. Landwirtschaftliche Betriebe müssen auch künftig ihren Platz in Hamburg finden.

Neben den klassischen Industrien ist Hamburg Heimat für viele Unternehmen aus den kreativen Branchen. Vor allem als großer Standort für Presseerzeugnisse genießt unsere Stadt eine Tradition. Neben den großen, traditionsreichen Verlagshäusern sind viele unabhängige Firmen in diesem Bereich in Hamburg angesiedelt. Auch die Computerspiele-Industrie entwickelt sich zunehmend zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor für die Hansestadt. Viele Unternehmenszugänge entfallen inzwischen auf diesen Bereich mit hochqualifizierten Tätigkeiten, insbesondere im Softwarebereich. Hamburg ist mit rund

150 Unternehmen und circa 3.000 Beschäftigten einer der führenden deutschen Standorte im Spielesektor. Ein Erfolgsfaktor für die positive Entwicklung ist die Nähe zu den über 20.000 Unternehmen der Medien- und IT-Branche. Es gilt, diese auch künftig weiter in Hamburg zu etablieren und die Voraussetzungen für eine Neuansiedlung von jungen und innovativen Softwareunternehmen zu schaffen, damit dieser zukunftsträchtige Wirtschaftszweig in Hamburg auch weiterhin wächst.

IT- und Medienstandort Hamburg ausbauen – Talente binden

Wir wollen den IT- und Medienstandort Hamburg stärken, Medienunternehmen an Hamburg binden und insbesondere den Bereich der sogenannten Neuen Medien ausbauen. Traditionelle Wirtschaftsformen und die Kreativwirtschaft sind keine Gegensätze, sondern ergänzen einander, ja, führen zu einem immensen Standortwachstum. Alle Wachstumsmetropolen zeichnen sich dadurch aus, dass sie eine blühende Kultur- und Wissenschaftslandschaft haben, die junge, gut ausgebildete Talente im Bereich der IT-, Medien- und Kreativwirtschaft an die Metropole binden. Dies lässt eine Stadt lebendig werden und steigert überproportional das Steueraufkommen.

Internet und Soziale Medien – Möglichkeiten nutzen und Grenzen setzen

Das Internet und die digitalen Kommunikationsmöglichkeiten haben unseren Alltag vielfältig verändert: Tempo und Umfang der Kommunikation erhöhen sich dramatisch, ebenso der Kreis der Sender und Empfänger von Informationen. An die Stelle der unmittelbaren persönlichen ist vielfach die virtuelle Begegnung getreten. Das hat auch Folgen für die politische Meinungsbildung und Entscheidungsfindung.

Die Möglichkeit, über das Internet und Soziale Medien mit Wählerinnen und Wählern direkt ins Gespräch zu kommen, wollen wir verstärkt ausbauen. Ebenso sehen wir die Chancen, die das Internet für effektives Verwaltungshandeln und moderne Arbeitsplätze bietet. So setzen wir uns ein für den Ausbau von Tele-Arbeitsplätzen und den Ausbau von Formen des sogenannten E-Governments in der Hamburger Verwaltung sowie des E-Learnings an Hamburgs Hochschulen. Gerade Menschen, die in ihrer körperlichen Bewegungsfreiheit eingeschränkt sind, können auf diese Weise Wege erspart und neue Möglichkeiten eröffnet werden.

Schutz der Privatsphäre des Bürgers im Netz

Das Internet darf jedoch kein rechtsfreier Raum unbeschränkter Freiheit sein. Ein besserer Schutz der Intimsphäre und vor Diffamierung im Internet bleibt unser erklärtes Ziel. Ob Informationen in sozialen Netzwerken, biometrische Gesichtserkennung, standortbezogene Dienste auf mobilen Endgeräten, Suchanfragen im Internet – jeder hinterlässt damit vielfältige digitale Spuren. Wir fordern einen verantwortungsvollen Umgang mit personenbezogenen Daten. Datenschutzrecht muss im Sinne der informationellen Selbstbestimmung der Bürger nicht nur national, sondern auch international durchgesetzt werden. Datenbankbetreiber, Internet-Suchmaschinen und Anbieter sozialer Netze müssen vollumfänglich Auskunft über personenbezogene Daten geben und diese gegebenenfalls löschen.

Tourismus fördern – Hamburgs Charakter wahren

Die Zahl der Übernachtungsgäste in Hamburg ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Für viele Touristen bietet unsere Stadt ein attraktives Reiseziel. Mit zahlreichen touristischen Zielen strahlt die Stadt eine große Attraktivität auf die Menschen aus. Davon profitieren Hotels, Freizeiteinrichtungen und die Gastronomie und somit letztendlich auch die Stadt. Um das Wachstum in diesem Bereich auch weiterhin auf einem hohen Niveau halten zu können, bedarf es einer einheitlichen Vermarktungsstrategie. Der Hafen als Alleinstellungsmerkmal bietet sich hierfür an. Das zeigt auch die zunehmende Zahl an Kreuzfahrtschiffen, die in Hamburg anlegen.

Bei all der Euphorie über die positiven Entwicklungen im Tourismusbereich darf nicht vergessen werden, dass der Charakter der Stadt von ihren Bewohnern lebt. Hamburg darf nicht zum Erlebnispark verkommen. Bei touristischen Großveranstaltungen müssen die Gegebenheiten und Voraussetzungen der jeweiligen Quartiere und ihrer Bewohner berücksichtigt werden.

Kulturhauptstadt des Nordens

Kunst und Kultur formen die Identität des Einzelnen ebenso wie die unserer Nation. Hamburg ist als Kulturstadt durch eine vielfältige und tolerante städtische Bürgergesellschaft geprägt. Zahlreiche Kultureinrichtungen, Theater, Museen, Bibliotheken und eine lebendige kulturelle Szene spiegeln zugleich die geistige Freiheit unserer Stadt wider. Hierzu gehört auch eine starke Stadtteilkultur.

Kultur leistet einen wichtigen Beitrag zur gesellschaftlichen Integration, steigert die soziale Kompetenz des Einzelnen, das Verständnis für den Anderen und für die eigene Identität. Sie führt junge und alte Menschen, Menschen verschiedener Meinungen, Nationalitäten und Religionen zusammen und gibt Anstöße zur Auseinandersetzung mit uns selbst. Ebenso ermöglicht Kultur Kunstgenuss und Unterhaltung. Unsere Kulturpolitik will nicht die Inhalte künstlerischen Schaffens bestimmen oder instrumentalisieren, sondern künstlerische Freiheit und Kreativität im Rahmen unserer Verfassung ermöglichen.

Hamburgs vielfältiges Kulturleben steht für die hohe Lebensqualität in der Hansestadt. Wir brauchen alle Ebenen von der Exzellenz der Hochkultur mit nationaler und internationaler Bedeutung bis hin zur Stadtteilkultur, von etablierten Angeboten bis zur Off- und Subkultur, die einen wichtigen kreativen Nährboden bilden. Der gewachsene kulturelle Reichtum wird darüber hinaus mehr und mehr zu einem maßgeblichen Wirtschaftsfaktor und Standortvorteil und macht Hamburg für Touristen attraktiv.

Hamburg als wachsende Stadt ist ohne eine wachsende Kulturlandschaft nicht denkbar. Das kostet Geld und ist nicht allein aus dem Kulturetat finanzierbar. Deshalb gilt es, Wege zum Ausbau und zum Erhalt der Hamburger Kulturlandschaft zu finden, die ohne neue Schulden auskommen. Die „Kultursteuer“ sehen wir als geeignetes Mittel zur Förderung von Kulturprojekten. Diese Mehreinnahmen sollen neben der breiten kulturellen Basis in der Stadt hervorragende Ereignisse mit nationaler oder internationaler Ausstrahlung ermöglichen. Wir wollen Künstlern und Kreativen bestmögliche Rahmenbedingungen bieten, um mit ihnen gemeinsam die Kulturmetropole Hamburg zur künftigen „Kulturhauptstadt des Nordens“ weiterzuentwickeln. Die Hansestadt soll zu einer

Musikstadt mit internationaler Ausstrahlung werden. Deshalb fühlt sich die Hamburger CDU auch der Elbphilharmonie besonders verbunden. Als Wahrzeichen unserer Stadt kann sie dafür sorgen, dass nicht nur Hamburgs Bedeutung als Musikstadt wächst und unsere Bürger noch mehr Zugang zur Kultur bekommen, sondern die Kultur auch als Wirtschaftsfaktor weiter an Bedeutung gewinnt. Bei der weiteren Entwicklung der Hamburger Museumslandschaft geht es nicht in erster Linie um Strukturen, sondern um Inhalte und Ziele des Angebots, damit die Museen künftig im Vergleich zu bedeutenden europäischen Großstädten mithalten können und ein Publikumsmagnet sowohl für die Hamburgerinnen und Hamburger als auch für Besucher aus dem In- und Ausland werden.

Das Stadtbild Hamburgs mit seinen bedeutenden Backsteinbauten ist ein kulturelles Erbe, das es zu erhalten gilt. Wir unterstützen die Arbeit des Denkmalschutzes, damit dieses wertvolle Erbe für die nachfolgenden Generationen sichtbar erhalten wird. Im Rahmen des Klimaschutzes wollen wir daher vernünftige und wirtschaftliche Lösungen, die einerseits die Stadtgestalt nicht einer beliebigen Charakterlosigkeit preisgeben und andererseits die ehrgeizigen Klimaschutzziele erreichen, ohne die wirtschaftliche Umsetzbarkeit außer Acht zu lassen.

Unser Wunsch ist es, dass unsere Kinder bereits früh an die Kultur herangeführt werden. Sie ist ein notwendiger Teil frühkindlicher Erziehung. Jedes Kind soll weiterhin in Hamburg die Möglichkeit haben, ein Instrument zu erlernen oder sich in anderer Form künstlerisch zu erproben. Teilhabe an Kultur darf keine Frage des Geldes sein. Zutritt zu Kultureinrichtungen und Museen muss an einzelnen Tagen zusätzlich zu dem bisherigen Angebot für Kinder auch für andere Bevölkerungsgruppen zu ermäßigten Preisen oder kostenlos möglich sein.

Wir unterstützen die privaten Initiativen, wie Freundes- und Fördervereine und projektgebundene Gruppen sowie interkulturelle Vereine und das Mäzenatentum in unserer Stadt, um Kultur zivilgesellschaftlich noch stärker zu verankern. Es ist unser Ziel, das Bewusstsein der Hamburgerinnen und Hamburger für ihre Stadt zu stärken. Damit einher geht ein Gefühl für Tradition, Heimat und Stolz auf unsere Stadt.

Hamburg zur europäischen Sportmetropole entwickeln

Der Sport ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Gesellschaft. Er bewegt die Menschen und ist als wichtiges Bindeglied von zentraler gesellschaftlicher Bedeutung. Sport trägt zur Lebensqualität und zur Zukunftsfähigkeit unserer Stadt bei, besitzt eine hohe Integrationskraft und ist von besonderer Bedeutung für die Gesundheit, die Sozialbeziehungen und die Freizeitgestaltung unserer Gesellschaft. Die Sportpolitik der CDU hat das Ziel, Hamburg zu einer europäischen Sportmetropole zu entwickeln, in der Breitensport und Spitzensport von gleich hoher Bedeutung sind. In der „Sportstadt Hamburg“ bündeln wir die notwendigen Kompetenzen und haben zugleich den Anspruch, Hamburg als Sportstadt national und international an hervorragender Stelle zu positionieren. Unsere Bereitschaft bleibt erhalten, Hamburg auch weiterhin vorzubereiten als deutsche Bewerberstadt für die Ausrichtung olympischer Sommerspiele. Unsere Absicht, nationale und internationale Sportwettbewerbe auf höchstem Niveau in unserer Stadt auszurichten, werden wir weiterhin mit Nachdruck verfolgen. Für die Errichtung besonderer Wettkampfstätten setzen wir uns auch künftig ein.

In den Vereinen und Verbänden, in privaten Einrichtungen und auch ganz besonders in der Schule vermittelt der Sport soziales Lernen und Integration, Fitness, gesundheitliche Prävention und Rehabilitation, Talentförderung, Freizeitspaß und vieles mehr. Daher wollen wir die Zusammenarbeit zwischen den Schulen und den Sportvereinen in den Stadtteilen fördern und ausbauen. Das „Freiwillige Soziale Jahr“ im Sport kann hier ganz besondere und unterstützende Hilfe leisten.

Im Sport spielt das Ehrenamt Tag für Tag eine hervorragende Rolle. Allein im organisierten Sport engagieren sich in Hamburgs Vereinen, Verbänden und im Betriebssport mehr als 40.000 Frauen und Männer ehrenamtlich. Die nachhaltige weitere Förderung des Ehrenamts liegt der CDU Hamburg daher ganz besonders am Herzen.

Eine bestmögliche Sportentwicklung kann nur in einem Zusammenspiel von Politik, Sport, Verwaltung und Wirtschaft erreicht werden. Wir halten am Sportfördervertrag fest und streben sowohl eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Leistungssport und beruflicher Tätigkeit als auch der Vereinbarkeit von Leistungssport und Studium an. Eine Profilquote

für studierende Spitzensportler halten wir für erforderlich. Neben einem einheitlichen Förderkonzept für den Leistungssport und der Profilierung Hamburgs als Standort für den Nachwuchsleistungssport benötigen wir für faire Teilhabechancen aber auch den weiteren Ausbau des Projekts „Kids in die Clubs“.

Sicher leben in Hamburg

Freiheit und Sicherheit bedingen einander. Das Gewaltmonopol des Staates ist keine Einschränkung von Freiheit, es ist notwendige Grundlage eines demokratischen Rechtsstaates, damit Menschen frei und sicher leben können. Das Sicherheitsgefühl der Menschen ist Voraussetzung für eine hohe Lebensqualität. Innere Sicherheit ist ein nicht zu unterschätzender Standortfaktor. Vom Sicherheitsgefühl der Menschen hängt außerdem ab, ob Touristen sich in Hamburg wohlfühlen und ob sie unsere Stadt auch weiterhin besuchen

Aus dem Anspruch des Staates auf das Gewaltmonopol leitet sich die Verpflichtung ab, Sicherheit zu gewährleisten. Die CDU Hamburg tritt konsequent ein für den Schutz der Bürgerinnen und Bürger und für eine wehrhafte Demokratie. Unsere Position ist eindeutig: Wir tolerieren keine Kriminalität und keine Rechtsverstöße. Die schnelle Aufklärung und Ahndung sowie die Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung sind unabdingbare Voraussetzung für die Lebensqualität der Hamburgerinnen und Hamburger. Wir werden insbesondere die schwierige Arbeit von Polizei, Justiz, Feuerwehr und Strafvollzug mit aller Kraft unterstützen. Für die Bewältigung ihrer schwierigen und verantwortungsvollen Aufgaben wollen wir auch weiterhin die notwendigen Rechtsgrundlagen schaffen und für eine angemessene personelle und materielle Ausstattung sorgen.

Polizei stärken – Kriminalität bekämpfen

Die Hamburger CDU tritt ein für die Stärkung unserer Sicherheitsorgane. Die großstadtspezifische hohe Kriminalitätsbelastung und sich ändernde Kriminalitätsformen erfordern eine professionellere Ausstattung der Hamburger Polizei. Die Ausstattung unserer Polizeibeamten muss den wachsenden und neuen Herausforderungen gerecht

werden. Eine zügige, moderne und praxisnahe Aus- und Fortbildung gehört dazu ebenso wie die frühzeitige Rekrutierung eines leistungsfähigen Polizeinachwuchses. Die CDU Hamburg duldet keine rechtsfreien Räume. Wir wollen offensiv gegen die zunehmende Computerkriminalität vorgehen. Dazu gehört auch die Mitarbeit von EDV-Spezialisten, die verstärkt vorbeugend und beratend gegen Computerkriminalität und Produktpiraterie vorgehen und mittels „virtueller Streife“ das Internet systematisch auf strafbare Inhalte durchsuchen. Zudem wollen wir die Kompetenz der Polizei im Ermittlungsverfahren stärken und einen elektronischen Datenverbund zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft in ganz Deutschland schaffen.

Religiöser und politischer Extremismus von links und rechts darf in unserem Land keine Chance haben. Wir werden jeder Form von Radikalisierung mit Entschiedenheit und mit allen rechtsstaatlichen Mitteln entgegentreten und unsere Demokratie vor Extremismus und Terrorismus schützen. Die CDU Hamburg wird daher auch weiterhin das Landesamt für Verfassungsschutz bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben unterstützen. Seine Abschaffung oder eine drastische Verkleinerung des Amtes, wie in anderen Bundesländern geschehen, kommt für uns nicht infrage.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt für uns in der Kriminalitätsprävention. Uns besorgt der hohe Anteil an Kindern und Jugendlichen an der Tatverdächtigenzahl bei Eigentums- und Gewaltdelikten. Hier muss die Prävention so früh wie möglich einsetzen, z.B. durch den Warnschussarrest. Wege zur gewaltfreien Konfliktlösung und soziales Verhalten müssen von der Familie über den Kindergarten und die Schulen bis in die Jugendarbeit der Kirchen, Verbände und Vereine verstärkt vermittelt werden. Wir brauchen abgestimmte und aktualisierte Konzepte, um das Abgleiten in Kriminalität zu verhindern. Rechtskunde muss Bestandteil der Lehrinhalte an Schulen sein. Der Zugang zu gewaltverherrlichenden Medien ist für Minderjährige zumindest deutlich zu erschweren. Da Schulen in zunehmendem Maße von Gewalt betroffen sind, kommt ihnen und den Elternhäusern die wichtige Aufgabe zu, Kindern und Jugendlichen Mitmenschlichkeit, Aufrichtigkeit und Disziplin zu vermitteln.

Ältere Menschen haben ein größeres subjektives Sicherheitsbedürfnis als jüngere Menschen. Insbesondere die Polizei muss diesem Sicherheitsbedürfnis künftig in höherem Maße Rechnung tragen. Dazu gehört verstärkte Prävention im öffentlichen Raum, dazu

gehören aber auch auf Senioren ausgerichtete Informationsveranstaltungen und Präventionsprogramme. Um die Menschen vor gefährlichen Rückfalltätern zu schützen, wollen wir die nachträgliche Sicherungsverwahrung gesetzlich ermöglichen. Die Sicherungsverwahrung von hochkriminellen Tätern muss gesetzlich und konzeptionell gesichert werden.

Konsequente Strafverfolgung – Opfer schützen

Die CDU Hamburg tritt für eine konsequente Strafverfolgung ein. Innere Sicherheit braucht ein Rechtsbewusstsein der Menschen. Wir tolerieren nicht, dass Delikte nicht mehr verfolgt werden, weil sie massenhaft begangen werden. Dabei nimmt das Rechtsbewusstsein erheblichen Schaden. Eine Entkriminalisierung sogenannter Bagatelldelikte wie Ladendiebstahl oder Rauschgiftbesitz lehnen wir ab. Gleiches gilt für illegale Graffiti und andere jugendspezifische Kriminalitätsformen. Insbesondere Kindern und Jugendlichen darf kein falsches Signal gegeben werden. Unser Ziel ist es, alle erkannten Täter dem Strafanspruch des Staates zu unterwerfen. Die grundsätzliche Anwendung von Erwachsenenstrafrecht bei Heranwachsenden muss sichergestellt werden. Die Anwendung von Jugendstrafrecht muss die Ausnahme bleiben. Wir wollen die Möglichkeiten für Präventions- und Sanktionsmaßnahmen gegenüber Intensivtätern im Kindes- und Jugendalter ausweiten. Wir treten zudem für eine Erweiterung der U-Haftgründe und eine erhebliche Beschleunigung der Abläufe ein. So wird verhindert, dass Täter weitere Taten begehen, bevor überhaupt die Hauptverhandlung beginnt.

Die Durchführung anlass- und ereignisunabhängiger Kontrollen bei kriminell auffälligen Personen hat sich als erfolgreiches Instrument erwiesen, Verbrechen zu bekämpfen, Straftäter zu fassen sowie Diebesgut, Waffen und Drogen zu beschlagnahmen. Wir wollen diese Kontrollen beibehalten. An Orten, an denen häufig Straftaten verübt werden und das Sicherheitsgefühl leidet, treten wir auch weiterhin zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger für Videoüberwachungen ein.

Uns ist es zudem wichtig, verstärkt Opfer von Straftaten zu unterstützen. Sie sind oft nicht nur materiell oder körperlich, sondern auch psychisch verletzt. Um die Opfer optimal zu schützen, sind ihre Rechte zu verbessern. Ihre Anliegen müssen ernster genommen und sie müssen besser informiert werden. Dazu gehört die Erleichterung von Informationsweitergaben über den Fort- und Ausgang des Verfahrens, über Möglichkeiten,

sich zu schützen oder entschädigt zu werden und über die Zusammenarbeit mit bestehenden Opferhilfeeinrichtungen. Der Wunsch von Opfern nach zügiger und hinreichender Wiedergutmachung ist verständlich. Wir wollen darauf hinwirken, dass die Möglichkeit eines Verletzten, einen aus einer Straftat erwachsenen vermögensrechtlichen Anspruch bereits im Strafverfahren gegen den Beschuldigten geltend zu machen (sog. „Adhäsionsverfahren“), mehr Aufmerksamkeit findet. Damit bliebe dem Opfer ein gesonderter Zivilprozess erspart. Nicht nur die Bestrafung des Täters, sondern auch die Entschädigung des Opfers muss angemessen berücksichtigt werden.

Für direkte Demokratie mit Quoren

Wenn ein hohes öffentliches Interesse besteht, kann die direkte Bürgerbeteiligung ein geeignetes Mittel sein, um Entscheidungen eine größere Legitimation zu verleihen. Es widerspricht dabei aber unserem Gerechtigkeitsverständnis, wenn sich Einzelinteressen gegen das Gemeinwohl durchsetzen können. Wenn sich nur ein kleiner Teil der Menschen an einer Abstimmung beteiligt, besteht zudem keine höhere Legitimation als bei einer Parlamentsentscheidung. Daher meinen wir, dass für erfolgreiche Volks- und Bürgerentscheide ein Zustimmungsquorum von 20 Prozent der Wahlberechtigten erforderlich sein muss.

Solidarität und Gerechtigkeit

Den demographischen Wandel meistern

Unsere Stadt braucht Zusammenhalt und zwischenmenschliche Solidarität. Die Menschen werden älter und der Anteil Älterer in unserer Stadt steigt, wenn auch langsamer als in den meisten anderen deutschen Städten. Diese Veränderung der Alters- und Bevölkerungsstruktur wird sich auf fast alle Lebensbereiche auswirken und bringt Chancen und Herausforderungen für jeden Einzelnen und für unsere Stadt mit sich.

Zugleich erwartet unsere Arbeitswelt ein immer höheres Maß an Flexibilität und Anpassungsfähigkeit. Solidarisches Verhalten erfordert, diesen Wandel familienfreundlich zu gestalten. Wir wollen möglichst gute Rahmenbedingungen für Familien und Kinder in Hamburg schaffen und eine Generationenpolitik, die es älteren Menschen erlaubt, möglichst lange eigenverantwortlich und unabhängig zu leben. Unsere moderne Stadtgesellschaft ist vielseitig und offen. In Hamburg leben Menschen verschiedenster Nationen und Religionen. Dieses Zusammenleben erfordert Regeln und die Integrationsbereitschaft unter Zugewanderten und Einheimischen.

Familienfreundliche Stadt – Zeit und Raum für Familien schaffen

Die Familie in all ihren Facetten ist das Fundament unserer Gesellschaft. In Familien stehen Eltern für Kinder und Kinder für Eltern generationenübergreifend füreinander ein. Hier werden Kinder erzogen, Werte vermittelt, soziale Kompetenzen gefördert und demokratisches Bewusstsein geschaffen. Die Vorstellungen von Familie haben sich in den letzten Jahrzehnten, insbesondere in der Großstadt, grundlegend verändert. Sie sind bunter und unterschiedlicher geworden. Die CDU respektiert alle diese Lebensweisen und unterstützt sie in ihrem sozialen und menschlichen Handeln. Die Ehe hat für uns weiterhin den höchsten Stellenwert. Familie ist kein Auslaufmodell, im Gegenteil: 80 Prozent der Menschen in unserer Gesellschaft leben in Familien. Familien sichern durch die Erziehung von Kindern den Fortbestand der Gemeinschaft. Sie leisten damit zugleich

einen unverzichtbaren Beitrag zum Generationenvertrag, der die Grundlagen unseres Sozialsystems bildet. Eine Gesellschaft, in der immer weniger Kinder geboren werden, setzt ihre Zukunft aufs Spiel.

Hamburg will eine familienfreundliche Stadt sein, in der Familien gern leben, ihr Auskommen und bezahlbaren Wohnraum finden. Eine Stadt, in der Familien wirklich wählen können, ob und wie sie Beruf und die Sorge für Kinder vereinbaren wollen. Eine Stadt, in der es ebenso möglich ist, Erwerbstätigkeit und die Sorge für pflegebedürftige Angehörige zu verbinden.

Familienfreundliche Arbeitswelt

Die Hamburger CDU tritt für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. Vor dem Hintergrund, dass immer mehr Fachkräfte in allen Bereichen der Wirtschaft fehlen, ist es wichtig, qualifizierte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu halten und zurückzugewinnen. Die Arbeitswelt muss sich auf die Bedürfnisse des Familienlebens einstellen und nicht umgekehrt. Unternehmen profitieren von einer Familienpolitik, durch die sich Familienaufgaben und Arbeitsanforderungen miteinander vereinbaren lassen. In enger Zusammenarbeit mit den Hamburger Unternehmen, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervvertretungen werden wir auch künftig familiengerechte Arbeitsbedingungen und Betreuungsmöglichkeiten fördern.

Die Stadt Hamburg kann einen erheblichen Beitrag leisten, indem sie die Öffnungs- und Betreuungszeiten öffentlicher und sozialer Einrichtungen entsprechend anpasst. Auch kann die Stadt als Arbeitgeberin Frauen und Männern den Wiedereinstieg in den Beruf nach der Erziehungsphase erleichtern. Im Rahmen der Familienpolitik wollen wir die von uns erfolgreich ausgebaute Kindertagesbetreuung insbesondere qualitativ noch weiter verbessern und ausweiten. Zudem ist es unser Anliegen, die Möglichkeiten zur professionellen Betreuung vor allem kleiner Kinder durch Tagesmütter und -väter weiter fördern. Deren Angebote sollten nicht durch bürokratische Verfahren behindert werden.

Ebenso setzen wir uns ein für den weiteren Ausbau qualitätvoller ambulanter und teilstationärer Pflegedienste bis hin zur Kurzzeitpflege. Dadurch können Menschen, die der Pflege bedürfen, in ihrem familiären Umfeld bleiben und werden pflegende Angehörige entlastet. Entscheidend ist dabei der Abbau bürokratischer Hürden. Ebenso wollen wir durch günstige Rahmenbedingungen das Angebot haushaltsnaher

Dienstleistungen, die dauerhafte Einrichtung von Mehrgenerationenhäusern und von weiteren Bündnissen für Familien in möglichst vielen Stadtteilen fördern.

Hilfe für Familien in sozialen Notlagen

Bei der Hilfe für Familien in sozialen Notlagen setzen wir auf staatliche Maßnahmen und bürgerschaftliches Engagement. Wir wollen die ehrenamtliche Arbeit und Partnerschaften zwischen den Generationen und Kulturkreisen in diesem Bereich fördern und deren Qualität sichern. Noch nie hatten Eltern so viel Hilfe durch vielfältige Beratungsstellen und Förderungsmaßnahmen. Diese gilt es zu erhalten und bedarfsgerecht auszubauen. Wir treten ein für die Entwicklung kooperativer Hilfseinrichtungen und den Ausbau stadtteilbezogener Hilfsangebote für sozial hilfsbedürftige Familien, beispielsweise Eltern-Kind-Zentren. Wichtig ist uns dabei auch, dass Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder persönliche Unterstützung etwa in Nachbarschaftstreffs oder professionelle Hilfe etwa in Elternschulen finden können.

Wir wollen den allgemeinen Sozialen Dienst weiter ausbauen und die Anerkennung für die dort Tätigen erhöhen. Der Familien- und Jugendhilfe kommt zur Unterstützung von Familien und Kindern in besonders schwierigen Lagen eine hohe Bedeutung zu. Wir wollen niedrigschwellig, zielgenau und bedarfsorientiert diese Familien unterstützen und folgen dabei dem Prinzip der Subsidiarität.

Gerade aufgrund ihrer Wehr- und Hilflosigkeit ist der Schutz der Kinder unsere vornehmste Aufgabe und verfassungsrechtlicher Auftrag des Staates. Das Augenmerk sollte insbesondere denjenigen Kindern gelten, die familiären und häuslichen Gefahren – etwa durch Drogenabhängigkeit der Eltern – ausgesetzt sind. Entscheidend ist, dass der Staat durch geeignete Maßnahmen umfassend dafür Sorge trägt, dass das Wohl der Kinder gesichert wird. Das Kindeswohl muss im Zweifel immer Vorrang haben vor Datenschutz und dem Vertrauensverhältnis zwischen Eltern und Ärzten. Damit die Stadt ihren besonderen Schutzpflichten gegenüber den Kindern gerecht werden kann, muss auch sorgfältig geprüft werden, wie Jugendämter und Freie Träger die gesetzlichen Hilfen zur Erziehung wirksamer und effizienter erbringen können. Die Zusammenarbeit von Eltern mit Kindertagesstätten, Schulen und der Jugendhilfe ist zu verstärken, um bessere präventive und langfristige Hilfestellungen zu geben.

Schwächere stärken – Armut überwinden

Aus vielen Gründen können Menschen in Krisensituationen geraten. Arbeitslosigkeit, Krankheit und familiäre Konflikte, aber auch Bildungsmangel führen nicht selten in Armut und soziale Ausgrenzung. Wir wollen den Menschen helfen, aus Armut und sozialer Ausgrenzung herauszufinden. Daher treten wir für eine langfristig effiziente Sozial- und Bildungspolitik ein.

Den Bedürftigen wird die Garantie einer sozialen Grundsicherung gegeben und gleichzeitig die Aktivierung eigener Leistungsfähigkeit und eigenverantwortliche Problembewältigung eingefordert. Unser Ziel ist die Hilfe zur Selbsthilfe, beispielsweise auch durch lokale Arbeitsmarktprojekte wie Arbeitsgelegenheiten in sozial benachteiligten Stadtteilen.

Armut zu überwinden ist ein zentrales Anliegen der CDU Hamburg und Verpflichtung in unserer wohlhabenden Gesellschaft. Eine wirksame Bekämpfung der Armut muss den Menschen in seiner individuellen Situation im Blick haben. Damit Menschen darin gestärkt werden, ihre Lebenslage dauerhaft zu bessern, bedarf es langfristiger Bemühungen. Wir wollen verstärkt in Bildung und Weiterbildung investieren, da mit steigender Bildung die Armutsgefährdung deutlich sinkt. Zudem können branchenspezifische Lohnuntergrenzen das Armutsrisiko reduzieren. Lohnuntergrenzen sollten jedoch berücksichtigen, dass auch niedrigqualifizierte Arbeitnehmer zukünftig Zugang zum ersten Arbeitsmarkt haben. Einen ebenso hohen Stellenwert hat für uns die Bekämpfung der Kinderarmut. Neben bereits erfolgreich eingeführten Maßnahmen kommt der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes in Hamburg eine große Bedeutung zu. Weiterhin sollen die bewährten Fachstellen für Wohnungsnotfälle an weiteren Standorten fortentwickelt werden.

Unsere Stadt kann auf die Mitwirkung und die Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger für sich, ihre Familien und ihr soziales Umfeld nicht verzichten. Wir wollen das vielfältige bürgerschaftliche Engagement, das in Stiftungen und Vereinen, Kirchengemeinden und Freiwilligendiensten, Selbsthilfegruppen und Patenorganisationen zur Überwindung von Armut in Hamburg beiträgt, weiter fördern und besser vernetzen.

Seniorenfreundliches Hamburg – Unabhängigkeit und Selbstbestimmung im Alter

In einer seniorenfreundlichen Stadt müssen sich nicht nur soziale Sicherungssysteme und das Gesundheitswesen auf eine älter werdende Gesellschaft einstellen, sondern auch Stadtplanung, Wohnungs- und Arbeitsmarkt, Wirtschaft und Verkehrswesen sowie Bildungs- und Kultureinrichtungen. Im Mittelpunkt steht für uns der älter werdende Mensch, der selbstbestimmt lebt und sich am öffentlichen Leben beteiligt.

Wir wollen und können auf die Mitarbeit der älteren Menschen mit ihren Lebenserfahrungen und Kompetenzen nicht verzichten. Daher ist es uns wichtig, diese wertvollen Eigenschaften im Bereich des – auch ehrenamtlichen – Engagements, der Selbstorganisation und der Nachbarschaftshilfe zu fördern.

Um älteren Menschen so lange wie möglich ein unabhängiges Leben in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen, wollen wir bei Neubauten den Anteil barrierefreier Wohnungen erhöhen und für Altbauwohnungen den barrierefreien Umbau stärker fördern. Ein Ziel ist dabei auch die Durchmischung der Generationen mit bedarfsgerechten Wohnungen, sowohl für Familien, als auch für Alleinerziehende und Senioren. Weiterhin wollen wir den Bau von Mehrgenerationenhäusern und Service-Wohnanlagen sowie das barrierefreie Wohnen in kleinen Wohngemeinschaften unterstützen. Zur Erhöhung der Mobilität älterer Menschen werden wir den barrierefreien Ausbau der öffentlichen Wege, Verkehrsmittel, und Haltestellen kontinuierlich verbessern.

Mit dem Hamburger Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetz wurden bereits Kontroll- und Qualitätsmaßnahmen eingeführt. Diese gilt es auszubauen und zu verbessern. Um die Pflegeberatung weiterhin aus einer Hand an einem Ort anbieten zu können, setzen wir uns für den weiteren Ausbau und die Stärkung der Pflegestützpunkte ein. Ebenso wollen wir die Zahl der Plätze in Wohngruppen für demenziell Erkrankte weiter erhöhen.

Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für alle – mit oder ohne Behinderung

In Hamburg leben knapp 250.000 Menschen mit einer anerkannten Behinderung. Im Vergleich zu anderen Bundesländern bietet unsere Stadt mit ihrer guten medizinischen Versorgung und ihren zahlreichen fördernden Einrichtungen überproportional vielen Menschen mit Behinderung eine Heimat. Nur ein kleiner Teil der Betroffenen wird mit einem Handicap geboren. Die Mehrzahl erwirbt erst im Laufe des Lebens durch Schicksalsschläge oder Erkrankungen eine Behinderung. Die Folgen sind nicht nur weitreichend für die Betroffenen selbst, sondern auch für ihr gesamtes unmittelbares Umfeld.

Die CDU Hamburg will auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention engagiert, aber in einem machbaren Rahmen in unserer Stadt voranbringen. Die Teilhabe von Menschen mit Behinderung ist ein Menschenrecht, kein Akt der Fürsorge oder Gnade. Um jedem ein eigenverantwortliches und den eigenen Wünschen und Bedürfnissen möglichst entsprechendes Leben zu ermöglichen, muss den Betroffenen die notwendige Hilfe zur Verfügung stehen. Wir wollen deshalb den barrierefreien Ausbau insbesondere der öffentlichen Verkehrsmittel, aber auch anderer Infrastruktureinrichtungen voranbringen. Außerdem wollen wir Maßnahmen fördern, die Menschen mit Behinderung bessere Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt einräumen, damit sie für ihren Lebensunterhalt allein aufkommen können und Wertschätzung erfahren. Dazu gehört auch die intensive Unterstützung von jungen Menschen mit Behinderung bei der Vermittlung in eine qualifizierte Ausbildung.

Gesundheitsversorgung für alle sichern

Gesundheit hat eine hohe Bedeutung für ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben. Daher ist eine verlässliche gute Gesundheitsversorgung für die Menschen sehr wichtig. Deren bereits hohe Qualität und ihre flächendeckende Bereitstellung müssen ständig weiterentwickelt werden. Dies umfasst den Ausbau präventiver Maßnahmen, regional organisierte Versorgungsstrukturen und eine größere Attraktivität der Pflegeberufe. Es ist einerseits notwendig, den demographischen Veränderungen Rechnung

zu tragen, andererseits in Anbetracht des medizinischen Fortschritts eine finanzierbare Gesundheitsversorgung für jeden zu ermöglichen. Dies erfordert solidarisches Verhalten der Gemeinschaft, aber auch Prävention und Eigenverantwortung.

Bei den pflegerischen Berufen müssen die Ausbildungskapazitäten erhöht und mehr Aufstiegschancen durch Fort- und Weiterbildungen mit entsprechend verbesserten Verdienstmöglichkeiten geschaffen werden. Wir sind dafür, weiterhin Pflegeberufe für alle Schulabschlüsse offen zu lassen. Die Qualität der dualen Ausbildung in Deutschland ist hervorragend und eine Verengung auf Abiturienten würde die Situation im Pflegebereich weiter verschärfen.

Unser Ziel ist es, durch Netzwerke und Kooperationen im Gesundheitsbereich neue Organisationsformen zu schaffen, um die Kompetenzen von Praxen zu bündeln und die Effizienz zu erhöhen. Dazu gehört auch die Sicherstellung eines umfassenden medizinischen Angebots durch Ärzte und Fachärzte aller Fachgebiete zur schnellen Versorgung in allen Stadtteilen, gegebenenfalls auch durch Sonderbedarfszulassungen.

Die CDU steht auch weiterhin für nachhaltige Investition in Hamburgs Krankenhäuser. Das Universitätsklinikum Eppendorf ist als öffentliches Krankenhaus mit Maximalversorgung sowie für Forschung und Lehre unverzichtbar. Deshalb kommt für uns eine Privatisierung nicht in Betracht.

Wir wollen uns verstärkt engagieren für die Förderung gesunder Ernährung für Kinder in öffentlichen Einrichtungen. Zur Förderung der Gesundheit von Kindern ist es auch notwendig, die wichtigen Vorsorgeuntersuchungen durch Informationen und ein entsprechendes Einladungssystem weiter intensiv zu unterstützen und zu überwachen.

Die Hamburger CDU setzt sich für den Schutz des Lebens von seinem Beginn bis zu seinem Ende ein. Dementsprechend unterstützen wir die verstärkte Forschung mit adulten Stammzellen und befürworten das Verbot aktiver Sterbehilfe. Um ein Sterben in Würde zu ermöglichen, wollen wir in Hamburg die professionelle und die ehrenamtliche Sterbebegleitung ebenso wie den weiteren Ausbau der Plätze in Palliativstationen, Stationen für Wachkomapatienten und Hospizen weiter fördern.

Verbraucher wirksam schützen

Die CDU Hamburg setzt sich für einen konsequenten Schutz der Verbraucher ein. Grundlage für einen wirksamen Schutz bilden hohe Transparenz bei der Qualität von Lebensmitteln und klare Informationen über die Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen. Dies gilt für die Ebene der Erzeuger genauso wie für das verarbeitende Gewerbe und die Anbieter von Lebensmitteln. Dann können Bürgerinnen und Bürger eigenverantwortlich über die Wahl der Lebensmittel entscheiden. Wir setzen uns für klare, verbraucherfreundlich formulierte Informationen auf jeder Lebensmittelpackung ein.

Verbraucherschutz erstreckt sich auf viele weitere Lebensbereiche wie Gesundheit, Finanzdienstleistungen, den öffentlichen Nah- und Fernverkehr, Energie, neue Technologien und Medien. Im Internetzeitalter, in dem soziale Netzwerke und Online-Shops den Alltag vieler Verbraucher bestimmen, tritt nicht mehr der Staat, sondern die Privatwirtschaft als führender Datensammler auf. Datenschutz ist damit ebenfalls eine zentrale Aufgabe moderner Verbraucherschutzpolitik.

Ein guter Verbraucherschutz muss verstärkt über die Rechte der Verbraucher aufklären und einen unkomplizierten Zugang zur Öffentlichen Rechtsauskunft (ÖRA) für alle Bürgerinnen und Bürger zur qualifizierten Rechtsberatung ermöglichen. Die CDU Hamburg unterstützt die Arbeit unabhängiger Einrichtungen. Dazu gehören beispielsweise die Verbraucherzentralen. Der Verbraucherschutz muss als ein wichtiges Thema unserer Zeit begriffen und politisch weiter aufgewertet werden.

Zukunftsaufgabe Integration – Zusammenleben in Hamburg

Die Integration von Fremden und Zugewanderten ist eine Chance, die Vielfalt unserer Stadt zu bereichern. Hamburgs Bedeutung als internationale Handelsmetropole und den Wohlstand unserer Stadt verdanken wir ganz wesentlich der Offenheit von und für Menschen aus der ganzen Welt. Wir wollen auch weiterhin für Menschen anderer Nationen und Kulturen attraktiv sein.

Dennoch bringt eine intensive Zuwanderung, wie Hamburg sie vor allem in den letzten Jahrzehnten erlebt hat, nicht nur Vielfalt und Chancen mit sich. Ein unverbundenes und unverbindliches Nebeneinander und Parallelgesellschaften, in denen unsere Grundwerte und unsere Rechtsordnung missachtet werden, sind nicht hinnehmbar. Wir erwarten als Voraussetzung für ein gut gedeihendes Zusammenleben die Akzeptanz unserer Rechtsordnung. Dazu gehören beispielsweise die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die Ächtung von Gewalt zur Regelung persönlicher Konflikte und die Anerkennung von Meinungs- und Religionsfreiheit. Gegenseitiger Respekt und Wertschätzung sind unverzichtbarer Bestandteil unseres Zusammenlebens. Fehlende Akzeptanz dieses Wertekanons ist nicht tolerierbar. Staat und Gesellschaft müssen insoweit Grenzen ziehen und in Zukunft bei Missachtung deutlicher auftreten.

Verständnis lernen – Zusammenhalt fördern

Integration beinhaltet für uns Teilhabe und Mitgestaltung in unserer Stadtgesellschaft. Erfolgreiche Integration geht zuerst vom Einzelnen aus, liegt aber auch in der Verantwortung von Staat und Gesellschaft. Integration muss täglich in der Nachbarschaft gelebt und spürbar werden. Für die Zukunft wünschen wir uns eine Stadt, in der künftig weniger gefragt wird, woher wir kommen, sondern vielmehr, wohin wir gemeinsam wollen. Menschen nicht-deutscher Herkunft können zudem wertvolle Brücken in ihre Herkunftsländer sein.

Integration braucht gegenseitige Verbindlichkeit und Verlässlichkeit wichtiger gesellschaftlicher, kultureller und konfessioneller Institutionen. Einen wichtigen Beitrag können Vereinbarungen der Stadt mit kulturellen und religiösen Interessengruppen leisten. Die Ergebnisse dieser Gespräche müssen offen diskutiert werden und Akzeptanz finden. Das gegenseitige Verstehen von Religionen ist dabei eine wichtige Vorbedingung.

Wir setzen uns für einen Religionsunterricht der Konfessionen ein, der Kenntnisse vermittelt und sachliches Wissen für einen respektvollen Diskussionsprozess begründet. Daher streben wir die Aus- und Weiterbildung von Imamen in deutscher Sprache an deutschen Hochschulen auch für Hamburg an. Die Vermittlung insbesondere der Hamburgischen Geschichte und der Hamburger Traditionen spielen bei dem Verständnisprozess füreinander eine besondere Rolle und müssen aus unserer Sicht zur Stärkung unserer Hamburger Identität vertieft werden.

Früher, gezielter und bedarfsgerechter fördern

Die Anerkennung unserer verfassungsmäßigen Ordnung und das Beherrschen der deutschen Sprache sind Voraussetzungen für Teilhabe und eine gelungene Integration. Bildung ist gleichermaßen Basis für persönlichen Erfolg wie für den Erfolg von Integration. Die CDU Hamburg will so früh wie möglich bedarfsgerecht und differenziert Integration und Aufstieg durch Bildung fördern. Eine qualitativ hochwertige Frühförderung ist aus unserer Sicht von großem und nachhaltigem Nutzen. Der Ausbau der frühen Förderung muss verstetigt und qualitativ gestärkt werden. Dies gilt nicht nur für den schulischen, sondern auch für den vorschulischen Bereich. Die CDU Hamburg tritt für verbindliche Sprachstandserhebungen und für den Ausbau und die Entwicklung neuer Integrationsangebote ein. Hierbei gilt das Prinzip: früher, gezielter und bedarfsgerechter fördern. Das Vorverlegen der heutigen Sprachstandserhebungen sollte fachlich überprüft werden.

Besonderes Augenmerk verdient zudem der Übergang von der Schule in den Beruf, um hier Perspektiven für alle Jugendlichen zu schaffen. Die CDU Hamburg setzt sich dafür ein, in unserer Stadt lebenden Eingewanderten durch ein verbindliches Anerkennungsverfahren ihrer bereits im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen neue Chancen am Arbeitsmarkt zu eröffnen. Durch diese Form der Arbeitsmarktintegration wird die Lebensleistung der Zugewanderten anerkannt und dem Fachkräftemangel entgegengewirkt. Die Möglichkeiten der Einbürgerung oder auch die Steigerung des Anteils von Migranten im Öffentlichen Dienst müssen ausgebaut werden.

Die CDU Hamburg steht für die freie religiöse und konfessionelle Entfaltung eines jeden Menschen im Rahmen des Grundgesetzes. Wir wollen den politischen, religiösen und weltanschaulichen Schulfrieden gewährleisten. Deshalb setzen wir uns für ein Landesgesetz ein, das die Frage des Umgangs mit religiös-weltanschaulichen Symbolen und Kleidungsstücken an öffentlichen Schulen klar und verbindlich regelt.

Solidarität mit Zugewanderten und Flüchtlingen üben

Flüchtlinge müssen auch in der Zukunft Schutz und Aufnahme in Hamburg finden. Um sich sicher fühlen zu können, benötigen sie für die Zeit ihres Aufenthaltes einen verbindlichen Status. Wir treten insbesondere dafür ein, dass minderjährige Flüchtlinge ohne Angehörige

bis zur Volljährigkeit ein verbindliches Bleiberecht bekommen und den Zugang zu Bildung und zur Gesundheitsversorgung erhalten. Für die Zeit danach soll ihnen bei Erfüllung von verbindlichen Voraussetzungen auch der dauerhafte Aufenthalt in Aussicht gestellt werden.

Die Hamburger Wirtschaft braucht in den kommenden Jahren gezielte Zuwanderung von Fachkräften und eine bessere Qualifizierung der bereits in Hamburg lebenden Zugewanderten. Anders als in der Vergangenheit muss die Zuwanderung allerdings gesteuert und begleitet werden. Denkbar für uns ist, dass alle Zuwanderungs- und Integrationsmaßnahmen verstärkt auf administrativer Ebene in einer Zuwanderungs- und Integrationsbehörde – unter Umständen als Teil der Familien- und Sozialbehörde – wahrgenommen werden.

Gleichstellung umsetzen – Chancen ermöglichen

Die konsequente Umsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern ist uns wichtig. Es ist nicht hinnehmbar, dass Frauen, obwohl sie hervorragend ausgebildet sind, für gleiche Arbeit immer noch deutlich weniger verdienen als Männer und in Führungspositionen stark unterrepräsentiert sind. Die Beteiligung beider Geschlechter in Entscheidungsgremien ist Gebot wirtschaftlicher Vernunft und nicht zuletzt von großer Bedeutung für die volkswirtschaftlich notwendige Fachkräftesicherung.

Wir setzen uns daher für die Entgeltgleichheit der Geschlechter und die geschlechtergerechte Besetzung von Entscheidungsgremien und Führungspositionen in Politik, öffentlicher Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung, Verbänden, Kultur und Medien ein. Dabei bedarf es konkreter, nachprüfbarer Zielsetzungen, die eine stufenweise geschlechtergerechte Besetzung bis 2020 gewährleistet. Hierbei bevorzugen wir Modelle transparenter Selbstverpflichtung. Sollten diese nicht umgesetzt werden, sollte eine gesetzliche Regelung angestrebt werden. Als CDU wollen wir hier mit gutem Beispiel vorangehen und unsere Gremien geschlechtergerecht besetzen. Aber auch die öffentliche Verwaltung unserer Stadt, ebenso wie öffentliche Unternehmen sollen hier eine Vorreiterrolle übernehmen.

Die CDU Hamburg erkennt an, dass gleichgeschlechtliche Paare eine Beziehung leben, in der grundlegende Werte gelebt werden. Insoweit muss diese gelebte Fürsorge in rechtlicher und steuerlicher Hinsicht anerkannt werden. Eine Gleichstellung mit der Ehe lehnen wir ab.

Der Weg zur modernen Bildungs- und Wissensmetropole

Bildung ist der entscheidende Schlüssel für die Zukunft – sowohl für jeden Einzelnen als auch für Hamburg insgesamt. Neue Arbeitsplätze und neue Chancen entstehen in einer globalisierten Welt nur dort, wo neue Ideen geboren werden. Hamburg hat als lebenswerte Stadt die notwendigen Voraussetzungen, um Talente anzuziehen und zu halten. Dies allein reicht aber nicht: Hamburg braucht exzellente Bildungseinrichtungen von der Kita bis zur Universität, um alle Talente bestmöglich zur Entfaltung zu bringen und zugleich die Schaffung neuen Wissens zu ermöglichen.

Unsere Bildungseinrichtungen stehen vor der großen Herausforderung, diese Ansprüche in einer sozial und kulturell immer heterogener werdenden Gesellschaft zu erfüllen. Die Maßnahmen der CDU-geführten Senate haben bereits positive Wirkung entfaltet. Dennoch bleibt viel zu tun. Wir setzen dabei auf Leistung und Chancengerechtigkeit, auf die frühe Förderung Hochbegabter und benachteiligter Kinder sowie auf die Einbeziehung und die Eigenverantwortung von Eltern, Erziehern, Lehrern und Schülern.

Frühkindliche Bildung stärken

Bereits in den ersten Lebensjahren werden wichtige Grundsteine für den weiteren Bildungs- und Lebensweg unserer Kinder gelegt. Deshalb wollen wir nicht nur die Zahl der Plätze für Kinder in Kindertagesstätten und Kindertagespflege weiter erhöhen, sondern mindestens ebenso sehr deren Qualität weiter verbessern. In diesem Zusammenhang halten wir auch den Einsatz von Personal mit Fachhochschul- und Hochschulabschlüssen sowie besonderen pädagogischen und logopädischen Qualifikationen in Kindertagesstätten für erforderlich.

Erfolgreiche Bildung setzt die sichere Beherrschung der deutschen Sprache voraus. Die frühkindliche Sprachförderung in der Familie und in einer vorschulischen Bildungsstätte ist daher besonders wichtig, weil sie die Grundlage zu einem von der Herkunft unabhängigen, erfolgreichen Bildungsweg legt. Zugleich kann dadurch auch die Sprachkompetenz der Eltern erweitert werden. Um Kinder mit Migrationshintergrund besser fördern zu können, brauchen wir zudem mehr Personal aus anderen Kulturkreisen.

Die Anbindung der Horte an die Grundschulen kann zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen, sofern die Qualität von Bildung, Betreuung und Ernährung sichergestellt ist und der Elternwille respektiert wird. Darüber hinaus wollen wir eine neue Qualität der Zusammenarbeit von Kindertagesstätten, Vorschulen und Schulen weiter fördern, unter anderem durch die CDU-Konzeption des Bildungshauses für Drei- bis Zehnjährige.

Qualität von Schule und Unterricht weiterentwickeln

Grundschulen, Stadtteilschulen und Gymnasien müssen sich jetzt verstärkt den Unterrichtsinhalten und der Qualität des Unterrichts zuwenden. Transparenz der Inhalte und Methoden für Schüler und Eltern gehören in einer guten Schule ebenso zum Schulalltag wie Evaluation und Öffentlichkeit der Ergebnisse. Kollegiale Hospitationen sowie regelmäßige Fortbildungen des Lehr- und Leitungspersonals sind obligatorisch und schaffen ein Klima des offenen Lernens.

Zur Qualität von Schule zählen aber auch verbindliche Inhalte. Wir fordern daher die Festlegung eines klaren Bildungskanons anstelle einer weiteren Zersplitterung der Bildungslandschaft durch schulische Curricula. Darüber hinaus setzt sich die Hamburger CDU dafür ein, dass länderübergreifend vergleichbare Abschlussprüfungen für alle Bildungsgänge der weiterführenden Schulen entwickelt werden und sich Hamburg an entsprechenden Initiativen anderer Bundesländer beteiligt.

Ganztagschule ausbauen – Elternwillen berücksichtigen

Hamburg steht durch den Ausbau der Ganztagschulen vor einem erheblichen gesellschaftlichen Wandel. Ganztagschulen verbessern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und können einen wichtigen Beitrag zur Integration leisten. Auf der anderen Seite besteht in Hamburg ein vielfältiges Angebot an nachmittäglichen Aktivitäten, die nur schwer in ein staatliches Ganztagsangebot zu integrieren sind.

Vor diesem Hintergrund wollen wir zum einen sicherstellen, dass das Angebot an Ganztagschulen nachfrageorientiert ausgebaut und der Elternwille nach anderen nachmittäglichen Betreuungsformen stets respektiert wird. Zum anderen müssen sich die Ganztagschulen zu einem Nukleus für Schüleraktivitäten im Stadtteil entwickeln und hierzu eng und flexibel auf Augenhöhe mit anderen Anbietern zusammenarbeiten. Dies gilt auch für kleine Anbieter und auch für die offene Kinder- und Jugendarbeit. Hierfür benötigen die Schulen zusätzliche Stellen zur Koordination. Der Wandel von der Halbtags- zur Ganztagschule erfordert auch andere Räumlichkeiten, die das Bemühen um Unterrichtsqualität unterstützen und die Idee einer modernen Schule im 21. Jahrhundert nach innen und außen dokumentieren.

Vielfalt bewahren

Die Vielfalt wertgebender konfessionell oder pädagogisch begründeter Konzepte der Schulen in freier Trägerschaft ist immer wieder Impuls für die Weiterentwicklung des staatlichen Schulwesens gewesen. Wir wollen diese Vielfalt und Pluralität erhalten.

Behinderte Kinder und ihre Eltern unterstützen

Der CDU-geführte Senat hat den Anspruch von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf auf integrativen Unterricht an allen allgemeinbildenden Schulen (Inklusion) gesetzlich gesichert. Grundlage für alle sonderpädagogischen Maßnahmen ist eine individuelle Diagnostik. Diese bildet die Basis für einen individuellen Förderplan, der den Rechtsanspruch der Eltern auf professionelle sonderpädagogische Förderung absichert. In alle Maßnahmen sind die Eltern intensiv einzubinden und zu beteiligen.

Die CDU setzt sich nachdrücklich dafür ein, dass der Personenkreis, der von Behinderung bedroht ist, stärker in den Focus der Bildungspolitik genommen wird. Entsprechende Fördermaßnahmen und Ressourcen müssen bereitgestellt werden.

Die Eltern können hinsichtlich des Unterrichts und der Erziehung ihres behinderten Kindes zwischen entsprechend ausgestatteten allgemein- und berufsbildenden Schulen oder qualitativ entwickelten Bildungszentren wählen. Dazu gehört der passgenaue Einsatz von Lehrkräften und Fachpersonal auf der Grundlage der Förderplanung. Gemeinsames Ziel muss es sein, dem Einzelnen auch im heterogenen Klassenverband vor Ort eine an seinem Wohl orientierte gesonderte Förderung zuteilwerden lassen. Angesichts der Breite der spezifischen Beeinträchtigungen ist eine Aufgabe der von hoher fachlicher und

sonderpädagogischer Kompetenz und Erfahrung geprägten Sondereinrichtungen nicht zu verantworten und würde die Qualität der Förderung in Hamburg erheblich verschlechtern.

Berufliche Bildung fortentwickeln

Die berufliche Bildung gehört zu den wesentlichen Erfolgsmerkmalen des deutschen Bildungswesens. Vor dem Hintergrund der Veränderungen am Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft muss sie weiterentwickelt werden, um auch in Zukunft ihre wichtige Rolle wahrnehmen zu können. Die neue Stadtteilschule bietet vor diesem Hintergrund die ideale Möglichkeit, allgemeine und berufliche Bildung bereits frühzeitig zu verbinden – sowohl in der Theorie als auch in der Praxis.

Die Berufsausbildung selbst bedarf dringend einer Modularisierung, um angesichts gestiegener Anforderungen einen sukzessiven Bildungserwerb zu ermöglichen. Genauso muss es nach einer erfolgreichen Berufsausbildung möglich sein, berufsbegleitend einen Bachelor- oder Meister-Titel zu erwerben.

Berufliche Gymnasien sind parallel dazu als Angebot für Schüler mit ersten beruflichen Erfahrungen weiterzuentwickeln. Jeder muss zudem das Recht erhalten, jederzeit den Hauptschulabschluss nachholen zu können.

Wissenschaft stark machen

Die CDU Hamburg macht es sich zur Aufgabe, den Wissenschafts- und Forschungsstandort Hamburg langfristig zu sichern und auszubauen. Dafür ist es notwendig, dass in ein forschungsfreundliches Klima und in attraktive Forschungs- und Ausbildungsmöglichkeiten investiert wird. Im internationalen Wettbewerb mit anderen Metropolen fallen dabei Hamburg als wichtigem Hochschulstandort in Nordeuropa bedeutende Aufgaben zu.

Exzellenz fördern – Leistung belohnen

Wir wollen unsere Hochschulen deutlich voranbringen, in der Grundlagenforschung ebenso wie in der anwendungsorientierten Forschung. Die Rahmenbedingungen für Studium und Forschung müssen ständig überprüft und verbessert werden. Um dem

Anspruch der Exzellenz im Bildungsbereich gerecht werden zu können, müssen die Hochschulen eine ausreichende finanzielle Ausstattung erhalten. In diesem Bereich darf es nicht nur keine Etatkürzungen geben, vielmehr muss der Erhalt ihres Budgets inflationsbereinigt langfristig sichergestellt sein.

Nach Auflösung der Wissenschaftsstiftung muss die Landesexzellenzinitiative fortgesetzt werden, um für die Hochschulen die notwendigen Mittel bereitzustellen, sich erfolgreich auf Förderprogramme des Bundes und Europas bewerben zu können.

Um die Qualität von Forschung und Lehre aufrechterhalten zu können, müssen die Hamburger Hochschulen ein reizvolles Umfeld für junge Wissenschaftler und Promovierende schaffen. Graduiertenkollegs sind hierfür eine unverzichtbare Einrichtung, die die Hochschulen verstärkt schaffen sollten und deren finanzielle Ausstattung dauerhaft und verlässlich gewährleistet sein muss. Wir begrüßen den fruchtbaren Wettbewerb zwischen privaten und staatlichen Hochschulen ausdrücklich.

Weiterentwicklung unserer Hochschullandschaft – Synergien und Kooperationen fördern

Unser Ziel ist der Ausbau verschiedener Forschungscluster am Standort Hamburg mit einem besonderen Fokus auf Forschungsbereiche, in denen Hamburg gute Chancen hat im nationalen wie internationalen Wettbewerb. Neue Zukunftstechnologien im Dienst des Umweltschutzes sollen als ein neues „Green-High-Tech-Cluster“ angesiedelt werden. In dieser Entwicklung gilt es, auch außeruniversitäre Forschungseinrichtungen verstärkt nach Hamburg zu holen und in einem Hamburger Wissenschaftsverbund ein produktives Umfeld zu bieten. Wir setzen darüber hinaus auf eine stärkere Zusammenarbeit mit allen norddeutschen Universitäten und den Hochschulen im europäischen Raum. Wir streben eine weiterführende Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft an. Spitzenleistungen können durch einen verbesserten Technologietransfer deutlicher aktiviert werden. Es kommt darauf an, die begonnenen Dialoge zwischen Technik-, Natur- und Geisteswissenschaften zu intensivieren und durch eine stärkere Vernetzung von Studiengängen das Angebot zu erweitern. So können Talente an die Stadt gebunden und kann Hamburg für ausländische Studierende und Wissenschaftler attraktiver gemacht werden.

Voraussetzungen optimieren

Die CDU Hamburg tritt für die Erhebung nachgelagerter und sozial verträglicher Studiengebühren ein, die ausschließlich für bessere Studienbedingungen und die Verbesserung der Lehre eingesetzt werden. Ihre Verteilung erfolgt in einem transparenten Verfahren unter Beteiligung aller Betroffenen.

Die Universität Hamburg muss vollständig saniert und teilweise neu gebaut werden. Die Bürger, die in Universitätsnähe leben, sollen weiterhin in die Planung mit einbezogen werden. Bei der Sanierung ist auf eine Verbesserung der Energiebilanz zu achten, um die laufenden Energiekosten zu reduzieren. Die bestehenden Studentenwohnheime wollen wir modernisieren und gleichzeitig weiteren günstiger Wohnraum in der Stadt schaffen.

Um die innere Entscheidungskraft der Hochschulen zu erhalten, darf es zu keinem Rückfall in die alte Gremienzerfaserung kommen.

Fortentwicklung von Studiengängen und Weiterbildung –

Qualität der Lehre und der Abschlüsse sichern

Um die Arbeitsbedingungen für Forscher attraktiver gestalten zu können, müssen die Hamburger Hochschulen vollständige Personalautonomie erhalten. Wir fordern die konkurrenzfähige und dauerhafte Ausstattung der Professuren mit ausreichenden Sachmitteln, wissenschaftlichen Mitarbeitern und technischem beziehungsweise Verwaltungspersonal. Professoren müssen sich vorrangig der Forschung und der Lehre widmen können. Um die Qualität der Lehre zu verbessern, fordern wir verpflichtende Bewertungsverfahren für alle Lehrveranstaltungen. Der Hamburger Lehrpreis muss verstärkt in der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden.

Die CDU Hamburg setzt sich für eine kapazitätsgerechte Erhöhung der Studienplätze ein. Neben einer ausgeprägten Breitenförderung darf aber die Begabtenförderung nicht vernachlässigt werden. Die Finanzierung der zusätzlich geschaffenen Studienplätze ist langfristig zu sichern, um eine hohe Qualität der Studienplätze zu gewährleisten. Für eine stärkere Akzeptanz der Bologna-Beschlüsse muss sichergestellt sein, dass ausreichend Masterstudienplätze vorhanden sind und dass ein Fort- und Weiterbildungsangebot für Akademiker als weitere Säule des universitären Angebots entwickelt wird.

Wir halten den Ausbau des Angebots englischsprachiger Lehrveranstaltungen für erforderlich. Zudem sind die Semesterzeiten an internationale Standards anzupassen. Die Hamburger CDU tritt für eine rasche Anerkennung ausländischer Hochschulabschlüsse unter Wahrung des qualitativen Standards ein.

Nachhaltigkeit

Generationengerechte Haushaltspolitik – heute schon an morgen denken

Ohne einen soliden Haushalt kann Politik nicht nachhaltig sein. Die Menschen in unserer Stadt erwirtschaften den Hamburger Landeshaushalt durch Steuergelder mit harter Arbeit. Daher müssen unsere Ausgaben maßvoll sein und muss der Umgang mit den öffentlichen Finanzen gut begründet werden. Nachhaltige Haushaltsführung heißt aber vor allem, auch an unsere Kinder und Enkel zu denken. Sie sind es, die übermäßige Schulden abbauen müssen. Die Hamburger CDU hat diesem Vorsatz entsprochen. Gegen den Widerstand aller anderen Parteien haben wir ein Schuldenverbot in die Landeshaushaltsordnung aufgenommen. Dieses soll nach unseren Vorstellungen im Jahr 2013 greifen. An dieser Vorgabe halten wir fest, denn sie ist das Fundament unserer Haushaltspolitik.

Unter „Nachhaltigkeit“ im finanzwirtschaftlichen und haushalterischen Kontext verstehen wir die Inanspruchnahme von Geldern für das Leben in unserer Stadt mit dem Bewusstsein, auch künftigen Generationen die Voraussetzungen für ein Leben in Freiheit, Würde und Vielfalt zu erhalten. Wir verpflichten uns zur Konsolidierung der Hamburger Finanzen und zum Abbau der Schulden in den öffentlichen Haushalten der Stadt. Deshalb stehen wir für die Einhaltung der zeitlichen Umsetzung der Schuldenbremse und für die Vorlage eines auf fünf Jahre ausgerichteten Schuldentilgungsplans. Im Interesse einer gerechteren, transparenten Haushaltspolitik fordern wir die Gründung einer Haushaltsstrukturkommission. Unsere politischen Versprechen in allen Bereichen unterziehen wir einer klaren Messbarkeit. Unsere Ziele unterlegen wir mit prüfbaren Vorgaben („Wirkungskennzahlen“) und verpflichten uns zu einer regelmäßigen Erfolgskontrolle („Monitoring“).

Zur weiteren Konsolidierung unseres Landeshaushalts haben wir uns wichtige Ziele gesetzt. So wollen wir durch Aufgabenkritik Stellen in der öffentlichen Verwaltung abbauen. Sozialverträglich sollen dabei die Möglichkeiten der demographischen Entwicklung bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern genutzt werden. Durch Kooperation mit unseren Nachbarländern, beispielsweise beim Datenschutz, können wir weitere Synergien erzielen. Wir wollen die staatlichen und kommunalen Strukturen

überprüfen. Wo es möglich ist, werden Aufgaben vor Ort dezentralisiert oder zentralisiert, wenn die Aufgaben übergeordnet oder strukturell gleich sind.

Wir treten ein für den Abbau von Bürokratie und damit verbunden für die Prüfung und gegebenenfalls den Wegfall oder die Vereinfachung von Verordnungen und Gesetzen. Zugleich wollen wir dem Steuerbetrug entschieden entgegentreten und ihn noch wirksamer bekämpfen.

Bezirke – bürgernahe Kommunalpolitik

Die mit dem Gesetz zur Bezirksverwaltung aus dem Jahr 1949 begründete und in der Hamburgischen Verfassung verankerte Aufteilung Hamburgs in sieben Bezirke mit dezentral nach Stadtbezirken abgegrenzten Bezirksämtern ist in jedem Fall zu erhalten. Die Bezirke sind Orte der bürgernahen Verwaltung und Dienstleistung, deswegen müssen die Entscheidungen nah am Menschen getroffen werden und nachvollziehbar sowie transparent sein. Die von der CDU im Jahr 2006 verabschiedete Verwaltungsreform muss eine Feinjustierung erfahren, vor allem im Hinblick auf die Entflechtung von Aufgaben und den Abbau von Doppelzuständigkeiten. Dabei gilt insbesondere auch das Subsidiaritätsprinzip. Bei Aufgaben, die von Behörden auf die Bezirke übergehen, müssen auch die entsprechenden Ressourcen (Stellen und Haushaltsmittel) übertragen werden, um deren Umsetzung zu gewährleisten.

Grundsätzlich gilt es, die Verwaltung aus der Perspektive der Bürgerinnen und Bürger zu betrachten und soweit wie möglich zu gestalten. Dabei sollte berücksichtigt werden, welche Kompetenzen die Bürger vor Ort erwarten, insbesondere im Bereich der Durchführungsaufgaben oder beispielsweise der Bau- und Landschaftsplanung. Die Stellung der Bezirke muss gestärkt und deren Befugnisse müssen ausgebaut werden. Das bedeutet, dass u.a. im Haushaltsrecht Kompetenzen verlagert und Zustimmungsvorbehalte von Fachbehörden abgebaut werden müssen.

In den vergangenen Jahren sind die Bezirksämter ihren Einsparverpflichtungen nachgekommen und haben sich solidarisch an der Haushaltskonsolidierung beteiligt.

Einsparverpflichtungen der Bezirke gehen zu Lasten der Personalbereiche und führen damit sehr schnell zu Einschnitten bei der bürgernahen Verwaltung. Daher sind alle haushaltswirksamen Maßnahmen unter dem Gesichtspunkt der Bürgernähe und der kundenorientierten Aufgabenwahrnehmung vor Ort zu betrachten. Letztendlich muss es gelingen, eine vernünftige verwaltungstechnische sowie für den Bürger nachvollziehbare und transparente Zuordnung von Aufgaben zwischen Fachbehörden und Bezirken zu implementieren.

Stadtentwicklung vorausschauend und strategisch gestalten

Unsere Stadt steht vor der Herausforderung, ihre Anziehungskraft für die Bürgerinnen und Bürger und für die Unternehmen zu steigern, um leistungsfähig und wettbewerbsfähig zu sein. Stadtentwicklung und Wohnungspolitik haben für uns einen herausgehobenen Stellenwert. Eine hohe Lebensqualität mit attraktiven Wohn- und Freizeitangeboten ist Voraussetzung für den Zuzug von weiteren Menschen. Dafür werden parallel zu den Flächen für neue Unternehmen pro Jahr bis zu 6.000 neue Wohnungen benötigt. Diese Herausforderung kann Hamburg nicht länger in seinen eigenen Grenzen lösen. Unser Ziel ist eine vorausschauende, strategische Stadtentwicklung, welche die urbane Vielfalt unter Berücksichtigung der ökonomischen Strukturen, der verschiedenen Altersgruppen und der sozialen Schichten nachhaltig stärkt.

Innerstädtische Bereiche dienen der Entwicklung von Wohnflächen. Wenn Gewerbe- und Industriebetrieben mit großem Flächenbedarf keine geeigneten Standorte in Hamburg angeboten werden können, ist eine Ansiedlung im Umland anzustreben. Büro- und hochwertige Gewerbenutzungen können dabei als Puffer zwischen lauten Verkehrsflächen und Wohnarealen dienen. Die Hamburger CDU bekennt sich zu dem für das Konzept der wachsenden Stadt entwickelten „räumlichen Leitbild“. Wir streben danach, mittels urbaner Verdichtung, Nutzungsintensivierung sowie Konzentration und Konversion im inneren Bereich Hamburgs „mehr Stadt in der Stadt“ zu erzielen. Wir wollen ein weitsichtiges qualitatives Wachstum der Stadt durch Verdichtung innerstädtischer Flächen und Erhalt der wertvollen Grünflächen.

Insbesondere auf dem Weg zur sozialen und familienfreundlichen Wohnstadt hat Hamburg unter CDU-geführten Senaten schon viele richtige Schritte getan. Wir verfolgen in diesem Zusammenhang auch weiterhin das Konzept „Stadt Erleben Hamburg“, mit dem sowohl Identitäts- und Heimatgefühl wie auch die Attraktivität der Weltstadt Hamburg vermittelt werden. Zu diesem Zweck tritt die Hamburger CDU dafür ein, die bisher erfolgreichen Sport- und Eventveranstaltungen fortzuführen und neu zu entwickeln.

Das Leitprojekt „Sprung über die Elbe“ ist und bleibt für die Hamburger CDU eine der wesentlichen stadtentwicklungspolitischen Aufgaben. Wir treten ein für die verbesserte Erschließung der Potentiale des Hamburger Südens sowie die Verbesserung der Wohn- und Lebenssituation der Menschen zwischen der HafenCity und dem Harburger Binnenhafen. Aus unserer Sicht kommt dabei der herausragenden Lage der Elbinseln und ihrer bedeutenden Funktion als Scharnier zwischen dem Hamburger Zentrum und dem Hamburger Süden eine besondere Bedeutung zu. Die Internationale Bauausstellung und die Internationale Gartenschau spielen dabei eine wesentliche Rolle. Die CDU Hamburg tritt dafür ein, mit Hilfe dieser Projekte und weiteren flankierenden Maßnahmen, beispielsweise Sanierungsvorhaben und dem Stadtumbau West, die bewohnerfreundliche Umgestaltung benachteiligter Stadtgebiete voranzutreiben und dort gesammelte Erfahrungen auf andere Stadtteile zu übertragen. In Zusammenarbeit mit den Menschen vor Ort wollen wir verborgene Potentiale zum Wohle der gesamten Stadt sichtbar machen. Dazu gehört insbesondere die Nutzung von Wohnbauflächen, die es dem Stadtteil ermöglicht, seine Sozialstruktur zu verbessern und neue Mitbewohner anzulocken. Wir beabsichtigen dabei, den Ursprungscharakter der Gebiete weitestgehend zu erhalten.

Wohnraum sichern – Nachbarschaft fördern

Die Zahl der Haushalte in Hamburg steigt. Die wirtschaftliche Prosperität unserer Stadt führt zu verminderter Abwanderung und höherer Zuwanderung. Wir brauchen daher mehr Wohnungsbau, um die Menschen nachhaltig in unserer Stadt anzusiedeln und ihnen Heimat und Identität als Hamburger zu ermöglichen. Wir wollen, dass die Menschen gern in Hamburg wohnen. Dazu gehört auch, dass das Wohnumfeld nachbarschaftlich geprägt ist und Zusammenhalt statt Anonymität gelebt wird. Aufgabe unserer Stadt ist es,

geeignete Rahmenbedingungen für nachbarschaftliche und regionale Zusammenarbeit zwischen den Bürgerinnen und Bürgern, Verbänden, Vereinen und Kirchen zu schaffen. Wir fördern beispielsweise die Entwicklung sogenannter Nachbarschaftstreffs, um den wichtigen privaten Austausch zwischen Nachbarn zu unterstützen.

Das Augenmerk ist dabei insbesondere auf Qualität im Wohnungsbau zu legen, damit eine urbane und nachhaltige Entwicklung gesichert wird. Wir verstehen Stadtentwicklung und Wohnungsbau als Querschnittsaufgabe. Die unterschiedliche Situation in Hamburgs Stadtteilen erfordert intelligente Nachverdichtungskonzepte, Urbanität, Wohnumfeldbeziehungen, soziale Infrastruktur, Freizeit- und Entfaltungsmöglichkeiten als feste Rahmenbedingungen für eine sinnvolle und lebenswerte Stadtentwicklung.

Die CDU Hamburg tritt dafür ein, baureife Flächen schneller zu entwickeln, indem die verwaltungsinternen und zwischenbehördlichen Entscheidungsverfahren insbesondere zur Lösung von Nutzungskonflikten weiter beschleunigt werden. Uns ist wichtig, verstärkt städtische Grundstücke zu angemessenen Preisen auf dem Markt anzubieten. Wir sind gegen ein Diktat im Wohnungsbau und streben gemeinsam mit dessen Akteuren einen qualitativen Wohnungsbau unter Berücksichtigung gesamtstädtischer Interessen an. Anreize und Regelungen durch städtebauliche Verträge statt staatlicher Zwangsmaßnahmen gegenüber Investoren sind der richtige Weg. Die bestehende Wohnraumförderung muss ausgebaut und optimiert werden. Zudem sind weitere Initiativen erforderlich, wie z. B. die zeitweilige Wiedereinführung einer degressiven Abschreibung, um durch steuerliche Anreize die Schaffung von Wohnraum zu forcieren.

Wohnen ist ein elementares Bedürfnis. Schwierigkeiten bei der Versorgung mit Wohnraum zu bezahlbaren Preisen führen zu sozialen Spannungen. Unser Ziel ist es, genügend preiswerten Wohnraum für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen zur Verfügung zu stellen. Dazu gehört auch, für größere Familien bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Insbesondere sind wir gegen ungebremste Mieterhöhungen. Die stadteigene Wohnungsbaugesellschaft SAGA/GWG muss sich neben der Sanierung und Modernisierung auch über das Bündnis für Wohnen hinaus langfristig im Wohnungsneubau stärker, auch zu Lasten ihrer Gewinne, engagieren. Zudem treten wir ein für eine Verbesserung der Neubaubedingungen für sozialverantwortlich und nachhaltig orientierte Bestandsverwalter.

Die Integration von Zugewanderten und Zuwanderern ist auch eine wohnungspolitische Herausforderung. Wünschenswert sind insbesondere Angebote in der direkten Nachbarschaft. Wir wollen für Migranten eine neue nachbarschaftliche und offene Herangehensweise fördern und ebenso freiwilliges Engagement und ehrenamtliche Tätigkeit stützen. Die CDU Hamburg wird auf politischer Ebene im sozialen Zusammenhalt unserer Stadt einen Schwerpunkt für die nächsten Jahre setzen.

Grüne Metropole am Wasser

Hamburg ist eine der grünsten Städte Europas – dieses wurde zuletzt auch mit dem Titel „Europäische Umwelthauptstadt 2011“ bestätigt. Die ausgedehnten Naturräume, Parks und Wasserflächen mitten in der Stadt machen Hamburg anziehend, zahlreiche Parks und Grünanlagen, Plätze und Bäume prägen das Stadtbild. Diese grüne Lunge sichert Hamburgs Lebensqualität und macht die Stadt sowohl für die Bürger als auch für Unternehmen attraktiv. Der Erfolg Hamburgs als „wachsende Stadt“ ist auch darauf zurückzuführen. Unser Ziel bleibt es, die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen, die erforderliche städtische Infrastruktur sowie Entfaltungsmöglichkeiten in Beruf und Freizeit so miteinander in Einklang zu bringen, dass die Attraktivität der Stadt erhalten und ihre Anziehungskraft gestärkt wird.

Moderne Verkehrspolitik – Menschen und Güter bewegen

Mobilität ist eine wichtige Voraussetzung für wirtschaftliches Wohlergehen und soziale Vernetzung. Der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) hat für die Leistungsfähigkeit unserer Stadt große Bedeutung. Die steigenden Nutzerzahlen beim Hamburger Verkehrsverbund (HVV) zeigen, dass sich die unter der Führung der CDU vorgenommenen Investitionen für mehr Sauberkeit und Sicherheit bei der öffentlichen Personenbeförderung ausgezahlt haben. Die wachsende Stadt muss künftig jedoch noch mehr die Metropolregion erschließen, um Pendlerströme auf umweltfreundliche Verkehrsmittel zu lenken. Dafür sind weitere Schritte notwendig, beispielsweise der Bau

der S4 nach Ahrensburg und Bad Oldesloe, der Ausbau der U4 nach Kirchdorf Süd und Harburg, die bessere Erschließung der Stadtteile Steilshoop und Osdorf sowie ein verbesserter Anschluss der Arenen durch moderne Verkehrsträger und die Elektrifizierung der AKN-Strecke nach Kaltenkirchen. Die CDU Hamburg spricht sich für die Einführung der Stadtbahn aus, um an Kapazitätsgrenzen stoßende Metrobusse zu ersetzen und bislang vernachlässigte Stadtteile besser an das ÖPNV-Netz anzuschließen. Nach Möglichkeit sollen die ersten Streckenabschnitte auf der Metrobuslinie 5 und in Altona beginnen sowie die Arenen anschließen.

Wir wollen auch weiterhin mit nachhaltigen Investitionen den Wirtschafts- und Logistikstandort Hamburg stärken. Dazu gehören die Aufstockung der Mittel für die Instandsetzung und Unterhaltung von Straßen, die Verlagerung der Wilhelmsburger Reichsstraße und der Bau der südlichen Hafenuferspanne als Verlängerung der A26.

Wir treten auch dafür ein, mit Hilfe moderner Verkehrstechnik ein bedarfsgerechtes Verkehrsmanagement auszuweiten. Staus vernichten nicht nur freie Zeit, sie sind auch schädlich für die Wertschöpfung unserer Volkswirtschaft. Ziel unserer Politik ist es, die Kapazitäten der Straßen und Wege bedarfsgerecht zu nutzen und die Verkehrszeiten möglichst optimal zu verteilen.

Dem Radverkehr kommt in unserer Stadt immer größere Bedeutung zu. Die Menschen nutzen vermehrt diese günstige und gesunde Fortbewegung. Die CDU Hamburg hat mit dem Radverkehrskonzept wertvolle Impulse gegeben. Die meisten Strecken können bereits jetzt innerstädtisch mit dem Fahrrad bewältigt werden. Wir treten für den weiteren Ausbau und die Sanierung benutzungspflichtiger Radwege ein sowie für die Ausweitung von Fahrrad-Ausleihstationen und Fahrradabstellplätzen.

Die Entwicklung neuartiger Elektroantriebe für PKW ist eine große Chance, vor allem im innerstädtischen Bereich moderne Mobilitätsansprüche mit Klimaschutzziele in Einklang zu bringen. Zugleich verringert sie im beträchtlichen Maße die Abhängigkeit von Ölimporten. Unser Ziel ist es deshalb, mit Hamburg als norddeutscher Metropolregion eine Vorreiterrolle in Sachen Elektromobilität einzunehmen. Ebenso gilt es, Hamburgs führende Rolle bei Entwicklungen im Bereich der erneuerbaren Energien mit den Möglichkeiten der Elektromobilität zu verknüpfen. Da es auch in Hamburg immer mehr

ältere Verkehrsteilnehmer gibt, steigt der Mobilitätsanspruch. Wir müssen auch dieser Tatsache verkehrspolitisch gerecht werden. Die Hamburger CDU tritt ein für den barrierefreien Ausbau aller U- und S-Bahnstationen sowie für Gehsteigabsenkungen für ältere und gehbehinderte Menschen.

Energie und Klimaschutz für Hamburg

Als moderne Großstadtpartei engagiert sich die CDU für den Klimaschutz. Auch die Hamburger CDU will ihren Beitrag leisten, im Interesse unserer Kinder und Enkel die ehrgeizigen deutschen und europäischen Klimaschutzziele zu erreichen. Die Schöpfung zu bewahren, bedeutet für uns einen nachhaltigen Umgang mit unseren Ressourcen. Klima- und Naturschutz sind dabei eng miteinander verknüpft. Für Hamburg als küstennahe Stadt gehören der Hochwasserschutz und die Bekämpfung des globalen Klimawandels zu den großen Herausforderungen der Gegenwart. Eine Klima- und Umweltpolitik, die der Verantwortung für die kommenden Generationen auch in sozialer und ökonomischer Hinsicht gerecht wird, ist für Hamburg unerlässlich. Klimapolitik muss aktiv mit den Bürgern gemeinsam gestaltet werden und darf sich nicht auf Verbote und Regulierungen beschränken. Dafür müssen die Rahmenbedingungen – wie z.B. in der in Hamburg so erfolgreichen Umweltpartnerschaft – richtig gesetzt werden, damit Unternehmen wie auch der einzelne ihre Verantwortung wahrnehmen und ihren eigenen Beitrag zum Klimaschutz leisten können.

Wir halten an den zu unserer Regierungszeit beschlossenen Zielen einer CO₂-Reduktion von 40 Prozent bis 2020 fest. Das Klimaschutzprogramm von 2007 hat Wirkung gezeigt, allerdings muss es stetig angepasst und optimiert, seine finanzielle Ausstattung darf nicht ausgehöhlt werden. Dabei müssen Ökonomie, Ökologie und die Belange der Gesellschaft im Sinne der Nachhaltigkeit zum Ausgleich gebracht werden. Durch die Fortsetzung der erfolgreichen Kooperationen zwischen der Hamburger Wirtschaft und den Hamburger wissenschaftlichen Einrichtungen, vor allem im Bereich der erneuerbaren Energien und der Entwicklung und dem Einsatz neuer Technologien und Verfahren, sichern wir langfristig die Zukunftsfähigkeit und die Wettbewerbsfähigkeit der Stadt. Der Energiepolitik kommt daher eine Schlüsselfunktion für die Zukunft Deutschlands und Hamburgs zu. Hohe

Energiekosten gefährden die Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandortes und belasten private Haushalte, Gewerbe und Industrie gleichermaßen. Die langfristige Sicherstellung der Energieversorgung zu bezahlbaren Preisen stellt eine der wichtigsten Herausforderungen der Politik dar. Bei der Lösung dieser Aufgabe dürfen wir Ökonomie und Ökologie nicht als Gegensätze, sondern als Einheit betrachten. Durch das Zusammenspiel werden Investitionen ausgelöst, wird Beschäftigung gesichert und der Haushalt Hamburgs entlastet. Hamburg kann als eine der größten Metropolen Deutschlands Vorreiter in Sachen Klimaschutz und angewandte Energiedienstleistungen werden.

Wichtig ist dabei, dass uns für Deutschland und damit auch für die Metropolregion Hamburg in Zukunft vor allem eine zuverlässige und stabile Energieversorgung, bezahlbare Energiepreise und eine umweltschonende Energiegewinnung bzw. -erzeugung zur Verfügung stehen. Wir treten deshalb sowohl für den Ausbau der erneuerbaren Energien als auch des vorhandenen Fernwärmenetzes ein und tragen den durch den geplanten Ausstieg aus der Kernenergie notwendigen Um- und Ausbau der Elektrizitätsnetze mit. Wir wenden uns jedoch gegen Maßnahmen, die die Energieversorgung destabilisieren oder wesentlich verteuern. Die Wettbewerbsfähigkeit der international in Konkurrenz stehenden Unternehmen und die Sicherheit der Arbeitsplätze in Hamburg dürfen durch die Kosten der Energieversorgung nicht gefährdet werden.

Durch die Energiewende und den damit verbundenen beschleunigten Ausstieg aus der Kernenergie wird die letzte offene Frage nach einem sicheren Endlager noch bedeutsamer. Schon aus ethischen Gründen dürfen wir vor der Beantwortung nicht ausweichen. Wir als CDU Hamburg unterstützen die ergebnisoffene bundesweite Suche nach einem geeigneten Endlager für radioaktive Abfälle.

Versorgungssicherheit für Hamburg weiter gewährleisten

Die hohe Versorgungs- und Ausfallsicherheit der Hamburger Energieversorger gewährleistet bisher, dass Hamburgs Bürgerinnen und Bürgern ebenso wie der Wirtschaft Strom, Fernwärme und Erdgas in ausreichender Menge zur Verfügung stehen. Die Netzgesellschaften leisten ebenfalls einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit in unserer Stadt, indem sie die Energiemengen im Hamburger Verteilnetz so tarieren, dass Schwankungen weitestgehend vermieden werden und Zusammenbrüche nicht entstehen. Hamburg liegt mit nur ca. acht Minuten an Ausfallzeiten im Jahresmittel unter dem Bundesdurchschnitt und ist damit einer der Spitzenreiter in Deutschland. Für die energieintensive Industrie, die von einer schwankungsfreien, konstanten Stromversorgung abhängig ist, bildet diese verlässliche Grundlastversorgung einen entscheidenden Standortfaktor. Schwankungen – wie sie vermehrt durch regenerative Energien auftreten werden – führen unkompensiert zu empfindlichen Qualitätseinbußen oder sogar zu erheblichen Produktionsausfällen.

In den kommenden Jahren wird es einen erheblichen Aufwuchs in der Nutzung erneuerbarer Energien geben. Dies bedeutet für die Ausgestaltung unserer Netzinfrastruktur eine gewaltige Herausforderung. Es müssen neue große Übertragungsnetze gebaut werden, gleichzeitig muss sichergestellt sein, dass die vermehrte dezentrale Einspeisung in die lokalen Versorgungsleitungen gewährleistet ist. Wind und Sonne stellen ihre Leistung nur unregelmäßig zur Verfügung. Um hier wertvolle Energien nicht verloren gehen zu lassen, benötigen wir zusätzlich deutlich mehr Speicherkapazitäten, als gegenwärtig in Deutschland und auch bei uns vorhanden sind.

Der Energieträger Kohle ist zwar unter dem Aspekt des Klimaschutzes durch seinen hohen CO₂-Ausstoß nicht unproblematisch, dennoch müssen wir davon ausgehen, dass zu unserem Energiemix auf absehbare Zeit neben den nur zum Teil für die Grundlast geeigneten erneuerbaren Energien auch Kohle und Gas als zuverlässige Grundlastenergien gehören werden. Beide sind für die Versorgungssicherheit unabdingbar, wenn die Kernkraftwerke, so wie beschlossen, schnellstmöglich abgeschaltet werden sollen.

Energieerzeugungssituation in Hamburg realistisch betrachten

Regenerative Energie speist sich im Wesentlichen aus den Quellen Sonne, Biomasse, Wind und Erdwärme. In einem Stadtstaat wie Hamburg sind Flächen für eine regenerative Erzeugung knapp. Die Versorgung mit regenerativer Energie kann daher weitgehend nur mit außerhalb der Stadtgrenzen gewonnenen Energierohstoffen wie z.B. Biomasse gewährleistet werden. Diese kann dann auf Hamburger Stadtgebiet in Strom und Wärme umgewandelt werden. Aufgrund Hamburgs begrenzter Fläche ist allerdings nicht zu erwarten, dass die Erzeugungskapazitäten in den Bereichen Windenergie und Biomasse in den nächsten Jahren signifikant gesteigert werden können.

Bisher wird Hamburg zu ca. 80 Prozent mit Strom der Kernkraftwerke Brunsbüttel und Brokdorf versorgt. Ein großer Teil der Fernwärmeversorgung wird derzeit noch vom Kraftwerk Wedel übernommen. Mit der bundespolitischen Entscheidung zur Energiewende bleibt das Kernkraftwerk Brunsbüttel abgeschaltet, so dass die Hauptlast derzeit vom Kernkraftwerk Brokdorf getragen wird. Die Versorgungssituation wird sich mit Inbetriebnahme des Kraftwerkes Moorburg umkehren. Das Kraftwerk wird den Energiebedarf der privaten Haushalte Hamburgs und der Metropolregion als auch der Hamburger Industrie in den nächsten Jahrzehnten sichern.

Will Hamburg im Jahre 2050 seinen Energiebedarf aus klimaneutralen Quellen decken, so muss die Gesamtheit aller Energieverbraucher (private Haushalte, Unternehmen und öffentliche Hand) ihren Bezug von Energie auf klimaneutrale Quellen umstellen. Dies ist für den Energieträger Elektrizität vergleichsweise einfach möglich. Größere technologische Herausforderungen liegen nach Auffassung der CDU Hamburg in der Bereitstellung von regenerativer Energie für Wärme und Mobilität.

Netze und Stadtwerke – Engpässe vermeiden

Die vorrangige Einspeisung von erneuerbaren Energien darf nicht an der Netzkapazität scheitern. Hier sind vor allem die Betreiber der Übertragungsnetze gefordert, die Anschlüsse großer Windparks und anderer regenerativer Energieeinspeisequellen mit ausreichenden Durchleitungskapazitäten sicherzustellen. Aber auch vor Ort müssen die Widerstände gegen den Neubau oder die Erweiterung von Leitungstrassen überwunden werden.

Der Betrieb der Netze, auch der lokalen Versorgungsnetze, unterliegt seit einigen Jahren vielfältigen gesetzlichen Regelungen und der Aufsicht der Bundesnetzagentur; Gestaltungsspielräume für den bzw. die Eigentümer wie noch vor mehr als zehn Jahren sind kaum noch vorhanden. Auch sprechen weder marktwirtschaftliche noch klimapolitische Gründe für einen vollständigen Rückkauf der Verteilnetze oder für eine Beteiligung daran.

Energieverbrauch reduzieren – Energieeffizienz erhöhen

Eine erfolgreiche und wirtschaftlich nachhaltige Klimapolitik zeichnet sich durch eine konsequente Ressourceneffizienz aus. Die Entwicklung und der Einsatz von neuen Technologien und Systemen sind hierfür unverzichtbar. Dort, wo wir schon heute über die erforderlichen Techniken und Materialien verfügen, müssen wir diese konsequent einsetzen.

So entfallen auf den Gebäudebereich rund 40 Prozent des gesamten Endenergieverbrauchs und rund ein Drittel der CO₂-Emissionen. Drei Viertel des Altbaubestandes sind noch vor der 1. Wärmeschutzverordnung 1979 errichtet; hier liegt eines der größten Potentiale sowohl zur Effizienzsteigerung als auch zur Energieeinsparung. Daher muss die Förderung der energetischen Sanierung durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau verstetigt werden und zwar mindestens in dem Umfang des Jahres 2010. Auch die städtischen Programme müssen auf hohem Niveau fortgesetzt werden.

Traditionell erfolgt die Wärmeversorgung in Hamburg überwiegend durch Gas- oder Ölzentralheizungen, also dezentral. Lediglich der Hamburger Westen wird derzeit weitestgehend durch Fernwärme zentral versorgt, die in Wedel erzeugt wird. Das Kraftwerk Moorburg mit seinen zwei Blöcken war für das abgängige Kraftwerk als Ersatz geplant und sollte als Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlage mit hohem Wirkungsgrad betrieben werden. Jetzt aus opportunistischen Gründen die Wärme nicht zu nutzen, ist weder ökonomisch noch ökologisch vertretbar; wertvolle Ressourcen werden vergeudet.

Dezentrale kleinere Versorgungseinheiten werden in den kommenden Jahren auch in Hamburg eine größere Rolle spielen, diesen Anforderungen muss das örtliche bzw. regionale Versorgungsnetz gegebenenfalls durch Anpassungen Rechnung tragen. Wenn

die Stadt einen Anteil an diesen Netzen übernimmt, so übernimmt sie auch einen Teil dieser Verantwortung.

Speichertechnologien erforschen und ausbauen

Energiespeicher sind notwendig, um eine schwankende Stromerzeugung auszugleichen. Hier liegt noch eine der größten Herausforderungen im Rahmen der Energiewende, da wir weder in Deutschland noch in Europa über ausreichende Speicherkapazitäten bzw. leistungsfähige Speichertechnologien verfügen. Deshalb muss in den kommenden Jahren verstärkt in Forschung und Entwicklung investiert werden. Vorhandene Möglichkeiten wie Wasserspeicherkraftwerke oder Pumpspeicherwerke sind in der Zwischenzeit vollumfänglich zu nutzen; auch hierfür muss um Akzeptanz vor Ort geworben werden.

Hamburg plant den massiven Ausbau der Speichertechnologien. Wer Hamburg als „Bundesland mit den größten Speicherkapazitäten“ anpreist, verkennt die Realität, dass die teuren neuen Technologien wie „power to gas“ (Wasserstoff aus Windenergie) noch erheblichen Forschungs- und Entwicklungsbedarf haben und wirtschaftlich bei weitem noch nicht konkurrenzfähig gegenüber den klassischen Speichertechnologien sind. Kurzfristig und vorrangig benötigt Hamburg eher ein besseres Lastmanagement mit einem leistungsstarken Stromnetz, das Schwankungen auch über größere Entfernungen ausgleichen kann. Das bedeutet, dass auf Verbraucherseite in Spitzenlastzeiten Anwendungen nicht betrieben werden, die auf Zeiten verlegt werden können, in denen viel Strom vorhanden und damit auch preiswerter ist. Dafür müssen die traditionellen Stromzähler im Privatbereich ersetzt und intelligente Netze im Industriebereich aufgebaut werden. Hier kann Hamburg als Großstadt zum Vorreiter werden. Hamburg hat für die Forschung und Entwicklung eine exzellente Forschungslandschaft anzubieten. Die Verknüpfung zur Wirtschaft mit der erfolgreich etablierten Clusterpolitik ist auch für die erneuerbaren Energien auszubauen.

Stark – frei – gerecht

Für ein lebenswertes Hamburg

Hamburg wandelt sich. Die neuen Herausforderungen und Chancen, die Folgen des demographischen Wandels, die Integration, eine global agierende Wirtschaft oder die Anforderungen an eine moderne Wissens- und Bürgergesellschaft bringen neue Fragen mit sich, für die wir gute Antworten brauchen. Grundwerte und Grundüberzeugungen leiten uns dabei. Wir wollen durch unsere Politik erreichen, dass diese Gesellschaft geprägt ist durch Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Um die Lebensgrundlagen der nachfolgenden Generationen zu sichern, muss unsere Politik nachhaltig sein. Dazu gehören Berechenbarkeit, Zuverlässigkeit und Kontinuität.

Wir wollen eine starke Stadt. Die CDU Hamburg will mehr Freiheit, indem wir die Menschen einladen, unser politisches Gemeinwesen mitzugestalten. Auf dem Fundament der Sozialen Marktwirtschaft wollen wir den Wirtschaftsteilnehmern und ihrer individuellen Kreativität die Freiräume ermöglichen, die unsere Stadt braucht, um auch im 21. Jahrhundert als dynamischer Wirtschaftsstandort bestehen zu können. Hafen, Mittelstand, Industrie und Dienstleistungssektor sind so zu entwickeln, dass sie ihrer tragenden Rolle für den Wohlstand unserer Stadt dauerhaft gerecht werden. Voraussetzung dafür ist eine Haushaltsführung, die keine Neuverschuldung mehr zulässt.

Wir wollen eine freie Stadt. Wir stärken Hamburg als Kulturstadt des Nordens, weil Kunst und Kultur ohne Freiheit und Vielfalt nicht leben können. Die Freiheit in unserer Stadt muss durch Maßnahmen der inneren Sicherheit geschützt werden. Das Bewusstsein, sich frei bewegen zu können, erhöht die Lebensqualität, schafft Arbeitsplätze und sichert Investitionen.

Wir wollen eine gerechte Stadt. Die Hamburger CDU will mehr Solidarität und Gerechtigkeit, damit alle Hamburgerinnen und Hamburger in unserer Stadt eine Heimat finden können. Dazu brauchen wir eine Infrastruktur, die es Familien in allen Generationen ebenso wie Älteren oder Menschen mit Behinderung ermöglicht, ein selbstverantwortetes und selbstbestimmtes Leben zu führen. Durch ein breit gefächertes und effizientes

Angebot an sozialen Hilfen wollen wir außerdem Menschen in Notsituationen dabei unterstützen, diese Notlagen zu überwinden. Eine gute Gesundheitsvorsorge und eine gute Pflegeinfrastruktur sind Teil einer solidarischen Politik, denn auch davon hängt ab, ob Menschen sich entwickeln können.

Hamburg soll auch Heimat für Menschen anderer Nationen, Kulturen und Religionen sein, denn unser Wohlstand speist sich auch aus der Vielfalt unserer Stadt. Integration kann aber nur gelingen, wenn sie von gegenseitiger Achtung getragen wird und alle Beteiligten die Grundwerte unserer Rechtsordnung akzeptieren.

Mehr Gerechtigkeit bedeutet nicht zuletzt, dass jedes Kind und jeder junge Mensch in unserer Stadt eine gerechte Chance erhält, seine Begabungen und Fähigkeiten frei zu entfalten. Dafür benötigen wir eine Bildungspolitik, die bereits möglichst früh Sprach- und Entwicklungsmängel abbauen hilft und die in der Schule jeden individuell fördert und fordert, die den Übergang in Ausbildung und Beruf unterstützt und Hochschulen schafft, die im nationalen und internationalen Wettbewerb bestehen können

Wir wollen eine lebenswerte Stadt. Die CDU Hamburg will mehr Nachhaltigkeit. Politische Entscheidungen müssen auch die Interessen künftiger Generationen beachten. Wir dürfen unseren Kindern und Enkeln keine untragbare Schuldenlast übergeben, sondern müssen das Schuldenverbot so schnell wie möglich umsetzen. Zur Nachhaltigkeit gehört eine vorausschauende Stadtentwicklung, die einerseits genügend bezahlbaren Wohnraum schafft, andererseits Hamburg auch als Wirtschaftsstandort attraktiv erhält. Dies erfordert eine neue Zusammenarbeit mit unseren Partnern in der Metropolregion.

Mit einer modernen Verkehrspolitik wollen wir einerseits mehr Pendlerströme auf umweltfreundliche Verkehrsmittel lenken, andererseits unser Straßen- und Schienennetz so ertüchtigen, dass Hamburg als Wirtschafts- und Logistikstandort gestärkt wird. Im Interesse der ökologischen Nachhaltigkeit wollen wir den Energieverbrauch in Hamburg deutlich verringern und die Energieeffizienz erhöhen. Durch den Einsatz neuer Technologien und die Koppelung mit bereits bestehenden Systemen kann Hamburg so in Deutschland zum Vorreiter bei Klimaschutz und Energiedienstleistungen werden.

Wir wollen ein Mehr an Freiheit, ein Mehr an Solidarität und ein Mehr an Nachhaltigkeit, weil wir das für gerecht halten. Wir wollen ein Mehr an Gerechtigkeit und Solidarität, weil dies Freiheit ermöglicht. Der Mensch muss frei und eine Stadtgesellschaft solidarisch sein. Gerechtigkeit darf keine Gleichmacherei sein. Menschen brauchen die Chance auf eine freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit wie den Schutz des Staates oder die staatliche Hilfe in Notlagen. Chancengerechtigkeit erkennt die Unterschiede in den Begabungen und Talenten von Menschen. Sie sorgt aber dafür, dass jeder seinen Weg gehen kann. Als moderne Großstadtpartei wollen wir in Hamburg den Zusammenhalt stärken und Aufstiegschancen für alle, um damit die Grundlage zur freien Entfaltung des Einzelnen in unserer solidarischen Hamburger Stadtgesellschaft zu schaffen.